Nummer 4 | Stuttgart, 28. Januar 1905 | 23. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rötestraße 16b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate
für die sechsgespaltene Colonelzeile oder deren Raum 80 Pf.
Bei Wiederholungen Rabatt.

In einer Aufl. von 208400 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Der Riesenkampf im Ruhrrevier.

Was in der vorigen Nummer in Aussicht gestellt wurde, die Proklamation des Generalstreiks, ist mittlerweile perfekt geworden, die mitgeteilten Tatsachen wurden jeden Tag durch neue Ereignisse überholt. Zurzeit stehen zirka 250000 Bergarbeiter im Ausstand und Tausende von Metallarbeitern sind dadurch heute schon zu unfreiwilligem Feiern gezwungen. Wäre die Organisation der Metallarbeiter hier im Herzen der Großindustrie schon so stark, wie zum Beispiel die der Bergarbeiter, so wäre jetzt eine günstige Gelegenheit geboten, auch unsererseits den Kampf gegen die skandalösen Mißstände auf den Eisenwerken aufzunehmen. Schon die eine Tatsache, daß die mächtigsten Kohlenherren auch die hervorragendsten Repräsentanten in der Eisenindustrie sind, belegt zur Genüge, daß die Metallarbeiter ebensowenig auf Rosen gebettet sind wie die Bergleute.

Doch zunächst sei kurz die Entwicklung der Bewegung illustriert. Seit Jahren klagen die Bergarbeiter über Lohnrückgang, rücksichtslose Antreiberei, Betrug durch Wagennullen, schikanöse Behandlung u. s. w. Die Unfälle mehrten sich, ebenso die Krankheitsfälle, das Alter der Bergarbeiter geht ständig herab. Hinzu kam dann in den letzten Jahren die bösartige Wurmkrankheit, die über hunderttausend Knappen aufs Krankenlager warf. Viele, viele werden niemals geheilt. Und diese schreckliche Geißel hat lediglich die Profitwut des Unternehmertums verschuldet. Aus Liebe zu billigen Arbeitskräften holte man mit dem Wurm behaftete Bergarbeiter aus Österreich-Ungarn heran, trotz Protestes und Warnungen der Arbeiter. Und als das Unglück hereingebrochen war, hunderttausende Bergarbeiter wurmkrank geworden waren, selbst da blieb man noch lässig und bürdete den Geschädigten auch noch die Kosten auf. Man ließ die Arbeiter murren, Abhilfe wurde nicht geschaffen. Nicht nur die Arbeiter, auch weite Kreise des Bürgertums wurden sodann aufgehetzt durch das bekannte Zechenlegen. Um den Profit zu erhöhen, stellte man den Betrieb auf einzelnen Gruben ein und übernahm die Förderung auf andere Schächte. Dadurch sind Tausende von Bergarbeitern auf die Straße gesetzt worden, sie mußten auswandern, Haus- und Grundbesitzer wurden geschädigt, die Kommunen erlitten erheblichen Ausfall in den Steuereinnahmen. Einer der Kohlenkönige, Stinnes, bezeichnete die Opposition gegen das Zechenlegen als blödes Geschrei!

Aus allen den Vorkommnissen hatte sich in der Arbeiterschaft ein so hohes Maß von Unzufriedenheit und Empörung angesammelt, daß es nur eines konkreten Anlasses bedurfte, um eine Explosion herbeizuführen. Das Unternehmertum erregte hier die Explosion. In geradezu provokatorischer Weise versuchte man die Schichtzeit zu verlängern. Zunächst wiegte man die Arbeiter in dem Glauben, es handle sich nur um eine vorübergehende Einrichtung. Nachher spielte man aber blanke Karte. Weil man auf einzelnen Zechen die Schichtverlängerung durchgesetzt hatte, reklamierten andere Unternehmer das für sich als ein Recht. Das schlug dem Fasse den Boden aus. Auf Zeche Bruchstraße kam es zum Konflikt. Erschwerend dabei war, daß die Änderung der Arbeitsordnung unter Kontraktbruch, ohne Beachtung der gesetzlichen Bestimmung, einfach von einem zum anderen Tage diktiert wurde. Die Arbeiter versuchten zu verhandeln, wurden aber brüsk zurückgewiesen. Nun stieg die Erregung in der Arbeiterschaft in ganz bedrohlicher Weise. Die Führer der vier Verbände — Alter Verband, Christlicher Gewerkverein, Polnischer Verband und Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein — versuchten die Bewegung zu lokalisieren. Aber als erst der Streik auf „Bruchstraße" ausgebrochen war, gab es kein Halten mehr. An verschiedenen Stellen fing der Streikfunke Feuer. Schleunigst beriefen die Verbände eine Revierkonferenz ein. Man sah ein, alles Bremsen sei vergeblich, nun hieß es, die Leitung nicht aus den Händen zu verlieren. Die Konferenz fand am 12. Januar statt. Nach langer Verhandlung wurde einstimmig beschlossen, die Belegschaften, die bereits in den Streik eingetreten waren, aufzufordern, weiter zu streiken, jedoch solle vorläufig keine Belegschaft neu sich dem Ausstand anschließen. Dem Verein für die bergbaulichen Interessen sollen die Forderungen der Arbeiter unterbreitet werden, erfolgt ablehnende Antwort, dann nimmt die gesamte Bergarbeiterschaft den Kampf auf, am 17. Januar beginnt der Generalstreik. — Die Forderungen sind in voriger Nummer der Metallarbeiter-Zeitung abgedruckt, die Antwort der Unternehmer wurde bis zum 16. Januar erbeten.

Für den 16. Januar war dann wieder eine Delegiertenkonferenz einberufen, um die Antwort entgegen zu nehmen und über weitere Maßnahmen zu beraten. Der Obmann des Ausschusses mußte aber erst stundenlang herumlaufen, ehe er die Antwort in Händen hatte. Die Antwort war in Berlin längst bekannt, bürgerliche Zeitungen hatten sie schon verbreitet, da lief der Vertreter der Arbeiter noch hinter dem Brief her, der das Antwortschreiben enthielt. Und wie lautete die Antwort? Die Forderungen waren einfach abgelehnt; die Organisationen wurden nicht als Vertretung der Arbeiter anerkannt; Verhandlungen lehnte man ab. Dabei war das Schreiben in einem Tone gehalten, der die Absicht der Kränkung offensichtlich werden ließ. Unter großem, stürmischem Beifall wurde dann der Generalstreik proklamiert. Und der Parole leistete die Bergarbeiterschaft auf der ganzen Linie Folge.

Große Hoffnungen erweckte dann die Nachricht, die Regierung wolle vermitteln. Der Versuch wurde auch gemacht, aber protzig wies das Unternehmertum auch die Regierung zurück, man verhandelte nicht. Nun muß der Kampf toben, bis sich eine Partei beugt: „Wir werden den Kampf nicht abbrechen!" sagte in einer Riesenversammlung am Freitag der Vorsitzende des alten Verbandes, „bis die Hauptforderungen bewilligt sind!" — Stürmischer anhaltender Beifall folgte dieser Kundgebung.

Brünstig sehnt sich das Unternehmertum nach einer blutigen Niederlage der Arbeiter. Zu diesem Zwecke setzt man Sensationsnachrichten in die Welt, um damit die Forderung nach Militär zu begründen. Die Behörden müssen aber anerkennen, daß die Arbeiter eine geradzu mustergültige Ruhe und Ordnung bewahren.

Der Streik ist nicht nur für die Bergbauindustrie, sondern auch für die Eisenwerke von weittragender Bedeutung. Schon jetzt müssen Eisenwerke den Betrieb einschränken oder ganz stillegen. Viele Metallarbeiter sind schon entlassen oder müssen feiern. Das sind aber nur die direkten Folgen. Von noch größerer Bedeutung sind die Wirkungen des Streiks in der Zukunft. Diese Wirkungen sind aber gewollt und sie sind die eigentlichen Ursachen der Provokation der Arbeiter. Den Trustmännern geht der Konzentrationsprozeß zu langsam — man braucht besondere Förderungsmittel. Dazu dient ein großer Ausstand. Einmal fördert er das Zechenlegen und weiter auch das Niederringen der reinen Eisenwerke. Diesen werden von den großen gemischten Eisenwerken die Rohmaterialienpreise diktiert. Diese Werke bestimmen aber auch die Fertigfabrikatpreise. Zwischen diesen und den Halbzeugpreisen wird jetzt schon die Spannung so gering gehalten, daß den reinen Werken die Konkurrenzfähigkeit fast völlig unterbunden wird. Infolge des Streiks werden, wie 1889, die Preise für Brennmaterialien heraufgesetzt. Die gemischten Werke mit eigenen Gruben werden dadurch nicht betroffen, aber für die reinen Werke steigen die Produktionskosten derart, daß sie vor dem Zusammenbruch stehen, und die großen Werke stellen sich als die lachenden Erben ein. Was bedeutet das für die Metallarbeiterschaft? Die Zahl der Unternehmer wird geringer, in wenigen Händen konzentriert sich die ganze wirtschaftliche Macht. Das bedeutet eine Beschränkung der Bewegungsfreiheit der Metallarbeiter, die Verfehmung mißliebig gewordener Arbeiter läßt sich, wie jetzt in der Bergwerksindustrie, leicht durchführen. Damit tritt für die Metallarbeiter die dringende Notwendigkeit ein, der Unternehmermacht eine ebenbürtige geschlossene Organisation entgegenzustellen. Und nichts ist mehr geeignet, die Ängstlichkeit, das Ohnmachtsgefühl in den Kreisen der Metallarbeiter als vollständig unberechtigt zu erweisen, als dieser Kampf. So brutal das Unternehmertum ist, gegenüber der Massenbewegung ist es doch machtlos. Selbst, wenn die Arbeiter unterliegen, ist man froh, sie wieder aufnehmen zu können, ja, man muß sogar auf Einziehung der Kontraktbruchstrafen verzichten. Selbst die Fessel der Werkswohnungen wird gesprengt. Die Unternehmer können von den Bestimmungen, bei Lösung des Arbeitsvertrags die Werkswohnungsinhaber auf die Straße zu setzen, keinen Gebrauch machen.

So zerbrechen gegenüber einer Massenbewegung die Waffen, mit denen man den einzelnen bedrücken, in Unterwürfigkeit halten kann!

Daraus müssen die Metallarbeiter Lehre ziehen. Der Streik der Bergarbeiter lehrt, daß auch in der Metallindustrie ein Kampf möglich ist — und die Metallarbeiter haben wahrlich Grund genug, sich gegen die Brutalität der Eisenkönige, gegen die haarsträubenden Mißstände aufzulehnen.

Helfen wir den Bergarbeitern jetzt, den Kampf siegreich durchzuführen, dann werden sie auch uns treue Waffenbrüderschaft halten bei einem Kampfe in der Eisenindustrie, für den der jetzige Kampf das erste Flammenzeichen ist.

* * *

Der Bergarbeiterstreik vor dem Reichstag.

Der Riesenkampf im Ruhrgebiet, wo jetzt mehr als 200000 Bergarbeiter aller Parteien, aller Organisationen Schulter an Schulter um die Abstellung alten Unrechtes und die Einhaltung alter Abmachungen ringen, zieht aller Blicke auf sich. Es versteht sich von selbst, daß auch die Volksvertretung zu einem solchen Ereignis Stellung nehmen muß: jeder Kohlenarbeiterstreik greift tief in unser ganzes Wirtschaftsleben ein und stellt Regierung und Parlament vor schwere Probleme, die jedem erkennbar sind, der den Ursachen des Ausstandes nachgeht. In einer geradezu meisterhaften Weise hat der Abgeordnete Hué am Freitag den 20. Januar diese Ursachen vor dem deutschen Volke dargelegt. Herr Möller, der preußische Handelsminister, und Graf Bülow hatten endlich Zeit gefunden, sich der schon im letzten Bericht erwähnten sozialdemokratischen Interpellation über den Bergarbeiterstreik zu stellen. Sie lauschten auch recht angestrengt den Ausführungen des Redners, die zweierlei scharf hervortreten ließen: durch eine Unsumme von Ungerechtigkeit, Schikane und Brutalität ist die Stimmung der westfälischen Arbeiterschaft immer erbitterter geworden, so daß es nur eines einzigen Tropfens noch bedurfte, um das Faß zum Überlaufen zu bringen; die tiefste Ursache des gewaltigen Konfliktes liegt aber in der Eigentumsordnung, die eine Handvoll Leute zu unumschränkten Herrschern über die Schätze in der Erde Schoß und über das Schicksal von Hunderttausenden von Menschen gemacht hat. Von den Umwälzungen, die das Ruhrgebiet in dem letzten halben Menschenalter durchgemacht hat, können sich nur wenige Sachkundige eine ganz klare Kenntnis verschaffen: eine geradezu amerikanische Entwicklung des Kohlenbergbaus und der damit auf das engste zusammenhängenden Eisenproduktion hat zu amerikanischen Umformungen der Betriebe und der Eigentumsformen geführt. Die Betriebe sind ins Riesenhafte vergrößert, die Kapitalien sind in immer rascherem Tempo konzentriert, das Eigentum ist ganz und gar entpersönlicht worden.

In einzelnen Händen, wie bei den Stinnes, Haniel, Thyssen, Lueg, Krupp, sind Mammutvermögen zusammengeströmt, aber das Verfügungsrecht über die werbenden Kapitalien hat nicht mehr der einzelne Unternehmer, sondern die Unternehmer-Koalition. Die Aktienform des Kapitals ist immer mehr ausgebildet worden und hat die enge Verbindung des Bergbaus mit dem Bankenkapital und dem durch die Banken Anlage suchenden privaten Spekulationskapital erleichtert. Über das Schicksal der Zechen entscheidet nicht allein, vor allem nicht endgültig, ihr Generaldirektor, sondern die Entscheidung fällt im Geheimkontor eines Berliner Bankpalastes. Mit berechtigter Empörung wendet sich die ortsansäßige Bevölkerung aller Schichten gegen die bereits im erheblichen Maße begonnene Stillegung vieler Kohlengruben; man weist darauf hin, daß es doch immerhin „rentabel" sei, sie noch weiter zu betreiben. Aber entscheidend ist nicht die Betriebsrentabilität, wie wir es nennen möchten, sondern die Bankrentabilität, das heißt das Interesse des ganz und gar unpersönlich gewordenen Kapitals.

Über die kindische Art, mit der gewisse hochstehende Mandarinen bei uns vom „Umsturz" reden, kann der nur verächtlich lächeln, der den tatsächlichen Umsturz im Kohlenbergbau wirklich verfolgt hat. Alle Schäden, über die die Zechenbelegschaften an den meisten Orten klagen, lassen sich restlos aus diesen Zuständen erklären. Eine Regierung, die mehr ist, als der Nachtwächter des Kapitals, hätte müssen deshalb schon seit langer Zeit Maßnahmen treffen, um die Rechtsordnung den veränderten Verhältnissen anzupassen. Es geht einfach nicht an, das kapitalistische Monopol auf einem der wichtigsten Gebiet nationaler Urproduktion bis in seine letzten verhängnisvollen Konsequenzen sich ausleben zu lassen. Es gibt dagegen zwei Mittel: die Expropriation der Expropriateure und die Stärkung der Arbeiterorganisationen. Für das erste treten außer den Sozialisten nur noch kleine Kreise der futterneidischen Ostelbier ein; gegen das das zweite sind, in kurzsichtiger Verblendung, nicht nur fast alle bürgerlichen Kreise, sondern vor allem auch die Regierung. Statt die Organisationen zu fördern und ihnen dadurch die Möglichkeit des Verhandelns auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den Unternehmern zu geben, werden sie schikanirt und brutalisiert, verleumdet und verhöhnt.

Und doch ist der bisherige Verlauf des Streiks geradezu ein Loblied auf den Wert der Arbeiterorganisationen. Aber um so mehr muß die törichte Art verbitternd wirken, mit der Graf Bülow die Organisationen wegen ihrer Schwäche verhöhnte. Dieser Mann, der mit einem von keinerlei Sachkunde getrübten Urteil im Reichstag über den Streik orakelte, trägt die Verantwortung dafür, wenn Unheil im Ruhrgebiet entsteht. Es war beschämend anzuhören, wie er mit öden Plattphrasen gegen die Schäden des — Zukunftstaates zu Felde zog, während es im Hause des Gegenwartsstaats lichterloh brennt. Die selbstgefällige Breitspurigkeit seiner armseligen Witzeleien vermochten freilich den überwältigenden Eindruck der sozialdemokratischen Darlegungen um so weniger abzuschwächen, als die Vertreter aller Parteien mit Ausnahme der immer mehr verdummenden Krautjunker die Weigerung der Unternehmer an Verhandlungen mit den Arbeiterorganisationen teilzunehmen, scharf tadelten. Diese Einmütigkeit der Haltung der öffentlichen Meinung bewog am Sonnabend auch den preußischen Minister Möller zu einem äußerst lehrreichen Rückzug. Anfangs wollte er mit ein paar schnodderigen Redensarten die Arbeiter einschüchtern; als er den Schaden aber besah und sich seine Verantwortlichkeit genauer überlegt hatte, als der Brand riesengroß geworden war, da hufte er zurück und kündigte eine Reihe von gesetzlichen Maßregeln zugunsten der Arbeiter an. Es geht also vorwärts. Schon jetzt kann man sagen, daß dieser Streik die fast versiechte Sozialpolitik wieder in Fluß bringen wird, genau so wie der Streik von 1898 fruchttragend für die Arbeiter aller Branchen wurde. Daher verdient er auch doppelt und dreifach die moralische und finanzielle Unterstützung des gesamten Proletariats. Und er lernt uns ferner den Wert einer guten Presse und des Parlamentarismus von neuem schätzen. Ein vergleichender Blick auf die Ausgestaltung der russischen Zustände kann da sehr lehrreich werden.

Sozialpolitische Rück- und Ausblicke.

Das Jahr 1904 war für Deutschland an sozialpolitischen Ergebnissen ungemein arm und alle, die daran größere Hoffnungen geknüpft hatten, müssen mißmutig gestehen, daß sie am Jahresschluß arg enttäuscht sind. Diese Enttäuschten sind aber nicht auf Seite der kritisch auffassenden, denkenden und urteilenden organisierten Arbeiterschaft zu suchen, sondern im Lager der bürgerlichen Sozialpolitiker. Sie haben bisher für ihre höhere Politik, den Arbeitern entgegenzukommen, um sie zufrieden zu machen und so der Sozialdemokratie den Boden zu entziehen, auf der anderen Seite aber dementsprechend die bürgerliche Ordnung zu befestigen, nur gute Worte zu hören bekommen, die erhofften Taten sind ausgeblieben. Die Unternehmerverbände mit ihren Scharfmachern, zu denen sich alle Reaktionäre und Arbeiterfeinde gesellen, bilden ein starkes Gegengewicht, das nur die Macht der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung ausgleichen kann. Diese Macht allein war es auch bisher, wie Bismarck schon vor 20 Jahren aussprach, die alles veranlaßte, was für die Arbeiter getan wurde, und sie allein vermag es, die Sozialpolitik weiter drängen und zu fördern.

Vor Jahresfrist hat die Soziale Praxis, die ganz programmäßig und zielbewußt für die Förderung der Sozialpolitik eintritt, um die Sozialdemokratie zu verdrängen, in einem hoffnungsvollen Leitartikel alle sozialen Reformen aufgezählt, die spruchreif sind und die daher durchgeführt werden sollten. Unter dem Eindruck des Zehnstundenkampfes der Textilarbeiter in Crimmitschau, der leider resultatlos für diese verlief, schrieb das Blatt: „Seit Jahren wird der Zehnstundentag gefordert. Die amtlichen Erhebungen sprechen dafür, die Fabrikanten dort erklären sich mit seiner allgemeinen Einführung einverstanden — warum kommt diese Verkürzung der Arbeitszeit nicht, deren Ankündigung schon wie das erlösende Wort in all dem unseligen Streik und Haß wirken würde?" Weiter führte das Blatt aus: „Sollten die beklagenswerten Zwistigkeiten zwischen Krankenkassen und Ärzteverbänden, unter denen alle Beteiligten leiden, weiter um sich greifen und tiefer fressen, bis auch hier jedes Bewußtsein von der Gemeinsamkeit der Interessen auf

beiden Seiten in Mißtrauen und Gegnerschaft untergeht? Und wie lange werden noch in manchen gesundheitsgefährlichen, mörderischen Gewerben Gesundheit, Kraft, Sittlichkeit vieler Männer, Frauen und Kinder untergraben und zerstört werden, weil kein Schutz, keine Regelung, keine Aufsicht vorhanden ist, um der Ausbeutung zu steuern? Das sind nur einige wenige Fragen, deren Beantwortung wir erbitten, wenn immer wieder von einer „Überstürzung" des Arbeiterschutzes und der Sozialversicherung gewarnt wird."

Die Soziale Praxis beleuchtete dann eingehend und kritisch die überall wahrnehmbare Ungleichheit und Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter, den Mangel an Gleichberechtigung, das Elend des Koalitionsrechtes der Arbeiter, die unberechtigten und veralteten reaktionären Polizeikompetenzen gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen und sie stellte schließlich als Mindestmaß der Reformen, die auf diesem Gebiet unverzüglich ins Werk gesetzt werden müssen, folgende Forderungen auf: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, Ausbau des Koalitionsrechtes im Sinne der Ausdehnung auf weitere Arbeiterkreise, der Verhinderung einschränkender Auslegung durch Gericht und Verwaltung, sowie Beseitigung der rechtlichen und tatsächlichen Ungleichheit der Unternehmer- und Arbeiterkoalitionen, Nichtanwendbarkeit der einzelstaatlichen Vereinsgesetze auf die Berufsvereine, entsprechende Revision und Verbesserung dieser Vereinsgesetze und endlich die Errichtung von Arbeitskammern. Diese Forderungen sind sofort ausführbar, bemerkte das Blatt dazu, wenn man nur ernsthaft will; sie stehen seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung und stellen lediglich einen Zustand der Ordnung und des Rechtes her, wo jetzt Unsicherheit und Ungerechtigkeit herrschen. „Der Staat muß die Klassen, die man die niederen nennt, die aber gewiß vor Gott die höchsten sind, wie Goethe sagt, um seiner selbst willen schützen. Was für sie jetzt gefordert wird, sind Gebote der Gerechtigkeit und der Zweckmäßigkeit. Mögen die Verhandlungen im Reichstag, die am 12. Januar begonnen haben, die Regierungen und die Parteien auf der Höhe ihrer Aufgaben finden und mögen den Worten, die dort gesprochen werden, bald, recht bald Taten folgen. Es ist die höchste Zeit!"

Von diesen Forderungen und Erwartungen ist gar nichts verwirklicht worden und zur vollen Veranschaulichung des totalen Stillstandes auf dem Gebiet der Sozialpolitik in Deutschland könnte heute die Soziale Praxis ihren Artikel vom 7. Januar 1904 ohne jede Änderung reproduzieren und an das Jahr 1905 richten.

Diesen Stillstand begreift man, wenn man die Worte liest, die vor Weihnachten, in der Sitzung vom 13. Dezember 1904, Graf Posadowsky, der „Minister für Sozialreform", im Reichstag sprach. Er sagte in der Debatte über die Ausdehnung des obligatorischen Alters- und Invalidenversicherung auf die Handwerker: „Unter zwei deutschen Kaisern ist unsere sozialpolitische Gesetzgebung zugunsten derjenigen Kreise unseres Volkes ausgebaut worden, die nach unseren gesamten wirtschaftlichen Verhältnissen nicht selbständig sein können. Aber jeder, der diese Frage vorurteilsfrei ansieht, muß zugestehen, daß damit auch ein sehr gewagter Schritt in wirtschaftlicher Beziehung getan war, daß mit dieser Gesetzgebung dem deutschen Volke ein Arbeitsprogramm gestellt ist, das es kaum in einem Menschenalter vollkommen durchführen kann." Diese Ausführungen bedeuten die offizielle Proklamation des Stillstandes und der Unfruchtbarkeit auf dem Gebiet der Sozialpolitik, das sozialpolitische Nichts. Aber sehr merkwürdigerweise fuhr Graf Posadowsky unmittelbar darauf fort: „Ich stehe auf dem festen Boden, daß die sozialpolitische Gesetzgebung für unser deutsches Volk ein ungeheurer Segen gewesen ist, daß sie den Lebensstand unseres deutschen Volkes in einer ungeahnten Weise gehoben hat, und daß wir ihr die staunenswerten Fortschritte in der Industrie zu verdanken haben, die Deutschland in den letzten Jahren gemacht hat. (Sehr richtig!) Ich freue mich, daß diese Auffassung auch gelegentlich der Ausstellung in St. Louis allgemein zum Ausdruck kam, daß man bei allen anderen Nationen die Überzeugung hatte, ein Volk kann auf industriellem Gebiet nur solche Leistungen aufweisen, wenn es Kraft, Mut und Aufopferungsfähigkeit bewiesen hat, den Lebensstand seiner untersten Klassen zu heben."

Erkläret mir Graf Örindur, diesen Zwiespalt der Natur! Die sozialpolitische Gesetzgebung soll ein gewagter Schritt gewesen sein! Als ob jemals in der Welt und bei irgend einem Volke die Milderung und Beseitigung des Elendes, die Hebung der besitzlosen und notleidenden Volksmassen ein Unglück gewesen wäre. Diese Massen bilden überall den größten Teil des Volkes und da muß die Verbesserung ihrer Lage ein Gewinn, ein Fortschritt für das Ganze sein. Wenn aber diese großartigen günstigen Wirkungen nach Posadowsky schon von dem bescheidenen Stück Sozialpolitik gezeitigt wurden, das bei uns bisher geschaffen worden ist, um wieviel größer müßten sie sein, wenn eine umfassende, ernste und tiefgreifende Sozialreform geschaffen worden wäre. Darum ist auch die Ansicht des Grafen Posadowsky, daß mit dieser Gesetzgebung dem deutschen Volke ein Arbeitsprogramm gestellt ist, „das es kaum in einem Menschenalter vollkommen durchführen kann", so überaus verblüffend, daß man sie nur aus politischen Gründen erklären kann. Die Arbeiterschaft soll in der Tiefe bleiben, in der sie der Kapitalismus haben will und darum das „Hierher und nicht weiter!" auf dem Gebiet der Sozialpolitik, nach dem im verflossenen Jahre nichts getan wurde.

Von all den vielen sozialen Anträgen, Resolutionen, Gesetzentwürfen, die dem neuen Reichstag bei seinem Zusammentritt Ende 1903 von den Parteien eingereicht wurden, ist bis heute nichts erledigt worden. Erledigt wurde einzig das Gesetz über die Kaufmannsgerichte. Die Materie hätte aber schon 1890 im Gewerbegerichtsgesetz geregelt werden können. Das neue Gesetz ist eine durchaus minderwertige sozialpolitische Leistung; es fordert für die Wahlberechtigung das vollendete 25., für die Wählbarkeit das vollendete 30. Lebensjahr und schließt die weiblichen Handlungsgehilfen von der Wahl vollständig aus. Das Gesetz gilt auch für einen großen Teil der kaufmännischen Gehilfen überhaupt nicht, indem es nur Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern zur Errichtung von Kaufmannsgerichten verpflichtet.

Der Bundesrat hat die Verordnung zum Schutze der Konfektionsarbeiter etwas ausgedehnt, gleichzeitig hat der preußische Handelsminister es als zulässig erklärt, von den 60 Tagen des Jahres, an denen Überstunden gemacht werden dürfen, 52 auf die Sonnabende zu verlegen, an denen gerade früher Feierabend sein sollte und tatsächlich für Millionen andere Arbeiter in Deutschland und anderen Industriestaaten auch ist. Der Bundesrat hat ferner eine Verordnung zum Schutze der Maler gegen die Gefahren der gifthaltigen Bleifarben erlassen, die verschiedene formelle Vorschriften enthält, aber nicht das Verbot der Verwendung von giftigen Farben, das allein helfen kann.

Die preußische Regierung hat einen absolut unzulänglichen Entwurf zu einem Wohnungsgesetz veröffentlicht, der auch noch Entwurf ist, dem aber die Novelle zur Bestrafung des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter zur Seite steht. Sie hat die Gewerbeinspection um einige weitere Beamte vermehrt. In Sachsen wurden der Gewerbeinspection einige weibliche Hilfskräfte beigegeben, desgleichen eine solche und ein wissenschaftlicher Hilfsarbeiter in Schwarzburg-Rudolstadt. In Württemberg und Baden haben die Regierungen beschlossen, der Gewerbeinspection Ärzte als Aufsichtsbeamte beizugeben. In Württemberg wurden ferner vier Arbeiter als Beiräte zum Kollegium der Zentralstelle für Handel und Gewerbe zugezogen. Als Baukontrolleure wurden an mehreren Orten Arbeiter angestellt.

Das ist alles. Einige Kleinigkeiten, die niemand wehe tun, aber auch nicht viel helfen. Ihnen stehen aber sehr bedenkliche reaktionäre Leistungen des herrschenden Regimes gegenüber in den gesetzwidrigen Schikanen der Polizei gegen Streikposten, in der reaktionären, arbeiterfeindlichen und drakonischen Praxis so vieler Gerichte gegen organisierte Arbeiter, wodurch ihr Koalitionsrecht illusorisch gemacht wird; in der Vernichtung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen, wie sie im Streit mit den Ärzten in Leipzig und Köln erfolgte.

Das Gesamtfazit der Sozialpolitik von 1904 ist also das: die Gesetzgebung hat für die Arbeiterschaft nichts geleistet, aber in Preußen soll durch ein Kontraktbruchgesetz die ländliche Arbeiterschaft völlig versklavt werden und die Verwaltungsbehörden entrissen den Arbeitern wieder die wenigen Rechte, die ihnen erst durch die Gesetzgebung gewährt wurden.

Und die Aussichten der Sozialpolitik für 1905? Nach dem Programm Posadowskys ist nichts zu erwarten an positiven Leistungen. Nicht fehlen wird es dagegen an guten Worten für die Arbeiter von den bürgerlichen Parteien und von den Ministern, nicht fehlen an widriger Selbstbeweihräucherung und maßloser Wichtigtuerei mit dem bißchen Sozialreform, das bisher geschaffen worden.

Versagt so die Staatshilfe, so wird die Arbeiterschaft um so eifriger die Selbhilfe betätigen müssen, denn:

Im Bewegen und im Werden gibt's kein Bleiben,
Denn die Natur hat ihren Fluch gehängt ans Stillestehen. (Goethe.)

Das Genossenschaftswesen und seine Bedeutung im heutigen Wirtschaftsleben.

Von Franz Laufkötter in Hamburg.

III.

„Die Konsumgenossenschaftsbewegung ist eine auf rein demokratischer Grundlage beruhende Massenbewegung, die sich auf eine teilweise Regelung der wirtschaftlichen Funktion der Güterverteilung und, unter bestimmten Voraussetzungen, auch der Gütererzeugung richtet. Wir haben es also streng genommen nicht allein mit einer Konsum-, sondern mit einer Konsum- und Produktiv-Genossenschaftsbewegung zu tun. Ich werde jedoch der Einfachheit halber den Ausdruck „Konsumgenossenschaftsbewegung" festhalten, weil diese die Voraussetzung der konsumgenossenschaftlichen Produktion ist. Wir finden die Konsumgenossenschaftsbewegung in allen Kulturländern. Am stärksten und kräftigsten ist sie in dem Lande der höchsten kapitalistischen Entwicklung, in England und in Schottland. In zweiter Linie steht die Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland, Dänemark und der Schweiz. Daran schließt sich Holland, Belgien, Frankreich, Italien, Österreich und Skandinavien. Aber auch aus Rußland, Ungarn, Serbien und Spanien, aus Nord- und Südamerika, aus den australischen Kolonien, aus Südafrika und aus Japan wird von Konsumvereinen berichtet. Überall zeigen sich dieselben gleichartigen Züge. Die Konsumgenossenschaftsbewegung wächst mit innerer Notwendigkeit aus wirtschaftlichen Zuständen hervor und nimmt teil an der beständigen Veränderung der Gesellschaftsstruktur, indem sie unrationelle, überlebte individualistische Formen der Güterverteilung und Erzeugung ausscheidet und eine rationellere genossenschaftliche Form an deren Stelle setzt.

In welchem Umfang die genossenschaftliche Regelung der Güterverteilung und der Gütererzeugung sich im Laufe der Zeit durchsetzen wird, läßt sich heute nicht ermessen. Welcher Umfang für möglich gehalten wird, ist Sache des Temperamentes. Die Triebkraft dieser Bewegung ist die Förderung der Wirtschaft der Mitglieder, und da die Zahl der Mitglieder unbeschränkt ist, da es jedem freisteht und möglich ist, Mitglied zu werden, so dürfen wir sagen, die Triebkraft dieser Bewegung ist die Förderung des wirtschaftlichen Wohles aller. Damit ist aber auch zugleich ihre Grenze bezeichnet. Ebenso wie sie mit innerer Notwendigkeit aus den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen entstehen muß, ebenso wird sie, da sie auf rein demokratischer Grundlage beruht, in ihrem Wachstum mit innerer Notwendigkeit dort Halt machen, wo sie der Förderung des Wohles, der Gesamtheit keine weiteren Dienste mehr leisten kann. Durch staatliche Zwangsmaßregeln wird es ebenso möglich sein, die jetzt notwendige lebenskräftige Bewegung zu unterdrücken, wie es später umgekehrt möglich sein würde, die nicht mehr lebenskräftige Bewegung durch Zwangsmaßregeln zu erhalten."

Mit diesen Sätzen leitet der Sekretär des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Heinrich Kaufmann, seinen Bericht über den Stand der Konsumvereinsbewegung Deutschlands ein, den er dem am 17. und 18. Mai 1903 in Dresden abgehaltenen konstituierenden Genossenschaftstage erstattete.* In der Tat wächst die Konsumgenossenschaft mit Notwendigkeit aus den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen hervor und zieht immer weitere Kreise. Speziell in der Arbeiterklasse, soweit denkende Arbeiter in Frage kommen, schwillt die Genossenschaftsbewegung fortwährend und unaufhaltsam an. Seitdem im Jahre 1843 ein paar arbeitslose, hungernde Weber in der englischen Stadt Rochdale als „redliche Pioniere" zusammentraten und einen kleinen Genossenschaftsladen aufmachten, hat der Gedanke einer Konsumentenorganisation immer mehr Anhänger gefunden. Allein in England und Schottland zählt man zurzeit rund 1500 Konsumvereine mit fast zwei Millionen Mitgliedern, mit zirka 450 Millionen Mark Anteilkapital, mit fast 1100 Millionen Mark Umsatz und mit einem jährlichen Gewinn von 165 Millionen Mark. Über den ungefähren Umfang der Konsumgenossenschaftsbewegung in Deutschland möge folgende Tabelle Aufschluß geben, die allerdings nur die dem Zentralverband angeschlossenen Vereine umfaßt, so daß die Gesamtzahlen natürlich wesentlich höher sind.

	1902	1903	+ Prozent
Zahl der Verbandsvereine	565	684	17
Davon haben berichtet	503	639	27
Mitgliederzahl der letztern	480916	575449	20
Zahl der Verkaufsstellen	1231	1597	27
Zahl der beschäftigten Personen	—	7061	—
Gesamtumsatz	147895000	176457000	19
Eigenproduktion	—	14713000	—
Reingewinn	12477000	14769000	18
Wert des Inventars	3100000	3690000	19
Buchwert des Grundbesitzes	18337000	23000000	26
Eigenes Kapital	14416000	17766000	23
Fremdes Kapital	16625000	21671000	30

* Dieser Bericht ist vom Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg herausgegeben worden und kostet 30 Pf. Besonders zu empfehlen ist für jeden Freund der Genossenschaftsbewegung die Jahrbücher des Zentralverbandes (Preis 6 Mk.) eine überaus fleißige, verdienstvolle Arbeit des Sekretärs Kaufmann und eine wahre Fundgrube.

Diese Zahlen reden eine beredte Sprache: sie zeigen uns nicht nur, was die Konsumgenossenschaftsbewegung Deutschlands bislang geschaffen hat und was sie ihren Anhängern bietet, sondern sie öffnen uns auch einen Ausblick in die Zukunft und lassen uns ahnen, was auf diesem Gebiet noch geleistet werden kann, wenn die nötige Einsicht und der erforderliche gute Wille in den Kreisen der Konsumenten vorhanden ist. Ohne Zweifel ist der Zusammenschluß der Käufer zu starken Organisationen das einzige Mittel, um die Übergriffe der profithungrigen Verkäufer mit Erfolg zurückzuweisen und die Warenpreise in vernünftigen, den Produktions- und Verteilungskosten entsprechenden Grenzen zu halten. Zumal heutzutage, da sich die Kapitalisten zu großen Organisationen (Kartellen, Syndikaten, Trusts) zusammenschließen, um dadurch die Warenpreise in die Höhe zu treiben, ist es doppelte Pflicht der Konsumenten, sich ebenfalls zu organisieren. Dort, wo die Produzenten als geschlossene Macht den Konsumenten gegenübertreten, machen sie die Preise und nützen ihre Machtstellung rücksichtslos aus, wie uns die Erfahrung tagtäglich lehrt, aber dort, wo sie auf den Widerstand starker Konsumentenvereinigungen stoßen, müssen sie notgedrungen ihre Krallen einziehen und nachgeben. Wenn sich die Produzenten kartellieren, um die große Masse der Konsumenten nach Herzenslust schröpfen zu können, so erscheint in der Tat nichts natürlicher und selbstverständlicher, als daß die Konsumenten in dicht geschlossenen Reihen den Kampf gegen die ausbeuterischen Tendenzen des Kapitals (sei es des Handels- oder des Produktionskapitals) aufnehmen. Allen Übergriffen im wirtschaftlichen Leben gegenüber wird die Koalition als Heilmittel empfohlen — und wo in aller Welt gäbe es eine Koalition, die mächtiger wäre als die der Konsumenten? Kein anderer wirtschaftlicher Faktor vermag den Monopolgelüsten des Unternehmertums so erfolgreich gegenüber zu treten wie eine starke Konsumentenkoalition, sei es, daß sie die Heranziehung nichtkartellierter Waren begünstigt, sei es, daß sie eigene Produktionsstätten errichtet und zur Eigenproduktion schreitet. „Es kann in der Tat niemals einen stärkeren Damm gegen etwaige Herrschaftsgelüste der kartellierten Produktion geben," so urteilt ein Kenner des Kartellwesens, W. Berdrow, „als ein gleich starkes Syndikat von Konsumvereinen, das in der Möglichkeit der eigenen Produktion ein unwiderstehliches Mittel besitzt, jedes in der Diktierung seiner Preise über die gerechten Grenzen hinausgehende Unternehmerkartell in seine Grenzen zurückzuweisen. Gilt es doch unter den aufmerksamen Beobachtern der Korporativbewegung bereits als unumstößliches Gesetz, daß derjenige, der den Konsum der Massen in der Hand hat, das wirtschaftliche Leben seines Landes beherrscht. Und was könnte im Ernstfall auch das mächtigste Unternehmersyndikat gegen ein Syndikat von Kartellvereinen tun, in deren Macht es steht, sich mit ihrem Güterbezug, wenn er im Inland nicht zu angemessenen Preisen beschafft werden kann, vollständig an die ausländische Konkurrenz zu wenden, ja, die Produktion für einen im voraus genau zu bestimmenden Absatz selbst in die Hand zu nehmen?"

Das konsumierende Publikum, das sich in Genossenschaften organisiert hat, tritt mittels dieser Organisation dem Unternehmertum als eine gleichberechtigte Großmacht gegenüber. Die Konsumgenossenschaften führen denselben Kampf gegen die ausbeuterische Tendenzen des Kapitals wie die Gewerkschaften — nur von einer andern Richtung her. Es ist der gemeinsame Kampf um die Erhöhung der Lebenshaltung, den beide führen. Und zwar führen sie diesen Kampf nicht lediglich im Interesse der Arbeiterklasse, sondern auch im Interesse einer gedeihlichen Kulturentwicklung. Es hat lange gedauert, bis die deutsche Arbeiterklasse die Kampfesbrüderschaft zwischen diesen beiden Kulturkampffaktoren im besten Sinne des Wortes erkannt hat. Heute ist dieses Stadium überwunden, heute hat sich bereits die Konsumgenossenschaftsbewegung ihre Stellung als gleichberechtigte Zwillingsschwester der Gewerkschaftsbewegung erkämpft.

Streikversicherung der Metallindustriellen.

Einige Monate nach Gründung des Arbeitgeber-Verbandes im vorigen Jahre erschien eine Broschüre: „Gründet Arbeitgeber-Verbände!", verfaßt vom Chefredakteur der Arbeitgeber-Zeitung, W. G. H. Freih. v. Reiswitz. Die Broschüre ist lediglich ein Abklatsch alles dessen, was schon vorher in der Arbeitgeber-Zeitung zur Gründung von Arbeitgeber-Verbänden gesagt worden war. Wenn wir sie hier anziehen, so geschieht es aus dem Grunde, weil Herr v. Reiswitz darin auch die Frage der Streikversicherung der Arbeitgeber streift. Er sagt auf Seite 34, daß nicht anzuraten sei, die Streikunterstützung zu einer wirklichen Streikversicherung auszugestalten. Jedes Mitglied eines Arbeitgeber-Verbandes sollte es vielmehr als eine Ehrensache ansehen, sich so lange wie möglich aus eigener Kraft gegen die „gewerkschaftliche Vergewaltigung" zur Wehre zu setzen. Bei einer Streikversicherung ließe sich unschwer voraussehen, daß davon „vorzugsweise die moralisch minderwertigen Elemente (der Arbeitgeber) zu profitieren suchen, denen es wenig oder gar nicht zum Bewußtsein gelangt, daß der Unternehmer sich auch durch die ihm widerfahrenden Anfeindungen nicht von der Pflicht abhalten lassen darf, seine Arbeiter gerecht zu behandeln." Auf Seite 11 der Broschüre urteilt Herr v. Reiswitz auch sehr skeptisch über die Möglichkeit der Aufbringung der Mittel zur Durchführung der wirtschaftspolitischen Kämpfe gegen die Arbeiter. Herr v. Reiswitz scheint inzwischen anderer Meinung geworden zu sein, was daraus zu schließen ist, daß in Nr. 2 der Arbeitgeber-Zeitung ein Vortrag des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Menck, zweiten Vorsitzenden des Metallindustriellen-Verbandes, über eine Streikversicherung der Metallindustriellen veröffentlicht und von der Redaktion günstig beurteilt wird. Letzteres ist ja auch die verdammte Pflicht der Herren „Generalsekretäre", sie müssen jedes Winkes ihrer Herren Brotgeber gewärtig und danach zu handeln bereit sein.

Das Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands bespricht in seiner letzten Nummer das Projekt Mencks ausführlich und wir lassen daraus das wesentlichste hier folgen: Der Abgeordnete Menck hat von folgenden fünf bestehenden Gesellschaften, die einen gleichen Zweck verfolgen, Erkundigungen und Satzungen eingezogen: 1. Gesellschaft zur Entschädigung von Arbeitseinstellungen zu Leipzig (Vereinigung der Metallindustriellen); 2. Arbeitgeberschutzverband der deutschen Tischlermeister und Holzindustriellen zu Berlin; 3. Streikentschädigungsreglement des Vereins deutscher Flaschenfabrikanten; 4. Zentralverband deutscher Brauereien gegen Verrufserklärungen und 5. Boykottschutzvertrag des Verbandes rheinisch-westfälischer Brauereien.

Jede dieser Gesellschaften bearbeitet nur einen einzelnen Berufszweig; nur die erstere nahm früher Versicherte aus allen Industrien auf, für welche selbständige, finanziell von einander unabhängige Berufssektionen vorgesehen waren. Die Sache bewährte sich aber nicht und die Gesellschaft beschränkt sich jetzt auf die Metallindustrie. Die Gesellschaft wurde 1900 nach dem großen Formerstreik ins Leben gerufen, brachte es indes bis zum Jahre 1903, also nach vierjährigem Bestehen, nur auf 13000 Mk. regelmäßiger Jahresbeiträge, was einer versicherten Lohnsumme von rund 13 Millionen Mark entspricht. Sie wurde 1904 aufgelöst und neu organisiert. Über den geschäftlichen Stand der anderen Gesellschaften machte Abgeordneter Menck keine näheren Angaben; er begnügt sich mit der Feststellung, daß diese ihre Geschäftsführung den Eigenarten der einzelnen Berufe angepaßt haben, und daß dieses System das empfehlenswerteste sei. Für die Ausbreitung desselben seien zwei Wege gangbar, erstens die Errichtung einer einzigen Gesellschaft für den Beruf im ganzen Reich und zweitens die Zusammenfassung zahlreicher Bezirksgesellschaften in einer Rück-

versicherungsgesellschaft. Von den besonderen Verhältnissen innerhalb eines Berufes werde es abhängen, ob der eine oder der andere Weg beschritten werden solle. Für die Holzindustrie genüge der bestehende Schutzverband und es sei nur zu wünschen, daß alle Arbeitgeber sich demselben anschlössen. Für die Metallindustrie empfiehlt Menck die Gründung von Entschädigungsgesellschaften seitens der einzelnen Bezirksverbände und die Anerkennung der Leipziger Gesellschaft als Rückversicherungsgesellschaft. Der Eintritt des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller in die Leipziger Gesellschaft werde bahnbrechend und vorbildlich wirken, weil damit die Streikversicherung für die Metallindustrie mit einem Schlage zur vollen Wirksamkeit gebracht werde.

Abgeordneter Menck berechnet nun, daß von den im Jahre 1903 bei 11 Berufsgenossenschaften der Eisen- und Metallindustrie beschäftigten 1 179 135 Personen rund 320 000 oder 27 Prozent auf Betriebe entfallen, die dem Gesamtverband deutscher Metallindustrieller angeschlossen sind. Für diese 320 000 beschäftigten Personen mit 320 Millionen Mark Lohnsumme (pro Person zirka 1000 Mk. Jahreslohn) erhalte die Gesellschaft jährlich 320 000 Mk. Beiträge (1 vom Tausend der Lohnsumme). Das Streikrisiko stellt Menck in folgender Weise fest: Der Deutsche Metallarbeiter-Verband zählte Ende 1903 160 135 Mitglieder oder 14 Prozent der Gesamtzahl der beschäftigten Personen. Mit diesem Gegner allein brauche der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller nur zu rechnen, weil die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, die auch, zusammen erheblich weniger Mitglieder haben, sich von Streiks zurückhalten. Sie wüßten, daß dies der Metallarbeiter-Verband allein besorge, so daß sie nur darauf auszugehen brauchen, die Vorteile etwaiger erfolgreicher Streiks des Metallarbeiter-Verbandes ihren Mitgliedern zu sichern. Die Streikversicherung brauche deshalb auch nur der finanziellen Kraft des Metallarbeiter-Verbandes gewachsen zu sein. Von den im Jahre 1903 für Streikzwecke seitens des letzteren verausgabten 1 051 385 Mk. sollen nach Mencks Schätzung zirka 40 Prozent auf Betriebe von Mitgliedern des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller entfallen, also 420 000 Mk., die der Unterstützung von zirka 168 000 Streiktagen (pro Kopf 2,50 Mk. täglich) entsprächen. Diese 168 000 Streiktage hätte die Leipziger Gesellschaft mit täglich 1 Mk. zu entschädigen, wozu noch 50 Prozent Entschädigung für den Arbeitszeitverlust nichtstreikender, aber vom Streik betroffener Arbeiter (84 000 Mk.) und 20 000 Mk. jährlicher Verwaltungskosten, insgesamt 272 000 Mk. kämen, so daß die Gesellschaft bei 320 000 Mk. Jahreseinkommen noch immer 25 Prozent Mehreinnahmen über die Ausgaben hinaus aufweisen würde. (In Wirklichkeit sind es nach dieser Rechnung nur 17,6 Prozent.) Für den Fall aber, daß die Streikentschädigungen eines Jahres einmal ungewöhnlich hoch würden, müsse die Gesellschaft den satzungsgemäß vorgesehenen erhöhten Beitrag (bis zur dreifachen Höhe) erheben, so daß ihr abzüglich 20 000 Mk. Verwaltungskosten 940 000 M. zur Verfügung ständen.

Das Korrespondenzblatt bezeichnet nun zunächst die Annahme als willkürlich, daß nur 40 Prozent der vom Metallarbeiter-Verband geführten Streiks gegen Mitglieder des Metallindustriellen-Verbandes gerichtet seien; vielmehr dürfte bei dem strikt ablehnenden Verhalten des letzteren gegen Arbeiterforderungen ein höherer Prozentsatz zutreffend sein und für die Folge um so mehr zutreffen, als ja die Streikversicherung den Metallindustriellen den Widerstand gegen die Gewerkschaft erleichtern soll. Doch selbst bei 40 Prozent stellt sich die Zahl der verlorenen Arbeitstage fast um die Hälfte höher. Die Streikunterstützung des Metallarbeiter-Verbandes beträgt nicht 2,50 Mk. pro Arbeitstag, sondern sie schwankt zwischen 12 bis 14 Mk. pro Woche für männliche und 7 Mk. für weibliche Mitglieder; zudem erhalten solche, die weniger als 13 Wochen dem Verband angehören, überhaupt keine Unterstützung und solche, die 13 bis 26 Wochen organisiert sind, höchstens 8 bis 10 Mk. pro Woche, letztere Unterstützung nur von Fall zu Fall festgesetzt. Die Summe der verlorenen Arbeitstage ist 1903 nur für 2949 von 14 681 Streikenden festgestellt worden; für diese beziffert sie sich auf 121 835 Tage oder pro Kopf auf 41,3 Tage. Im gleichen Verhältnis würde die Gesamtziffer der verlorenen Arbeitstage für alle Streikenden sich auf 606 325 Tage und der auf Arbeiter der Betriebe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller entfallende Teil (40 Prozent) auf 242 445 Tage belaufen. Dazu 50 Prozent für den Arbeitszeitverlust, der durch die in Mitleidenschaft gezogenen Nichtorganisierten entsteht (121 220), ergibt ein Jahresrisiko von 363 665 Tagen, so daß also schon die Entschädigungssumme, ungerechnet die für eine Erwerbsgesellschaft sicher zu niedrig veranschlagten Verwaltungskosten (für 20 000 Mk. bekommt der Gesamtverband nicht einmal einen Direktor, geschweige den dazu notwendigen Beamtenapparat und die sachlichen Verwaltungskosten) die vereinnahmten Jahresbeiträge weit hinter sich zurückläßt. Der Bankrott der Gesellschaft würde ein unvermeidlicher sein.

Zu dem gleichen Ergebnis wie vorher will Herr Menck auf einem zweiten Rechnungsweg kommen. Er rechnet, daß die 420 000 Streiktage des Metallarbeiter-Verbandes (wir berechneten 606 325 Tage) bei 300 Arbeitstagen im Jahre einer Zahl von 1400 dauernd streikenden Arbeitern entspräche, die zur Gesamtzahl der Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes von 1 : 114 ständen. Würden alle Metallarbeiter in gleichem Maße „streiklustig" sein (der Herr schätzt, wie viele seinesgleichen, das Streiken als eine Art Arbeitersport ein), so würde das Verhältnis der Beiträge zu den Entschädigungen mit 114 : 1 kein ungünstiges sein. Die Gesellschaft erhebe pro Jahr und 1000 Mk. Lohnsumme denselben Beitrag, als sie an Entschädigung pro Tage zahle; das Verhältnis zwischen Beitrag und Entschädigung betrage also gar 300 : 1. Bei verdreifachter Beitragserhöhung könnten aber 3 Mk. pro 1000 Mk. Lohnsumme vereinnahmt, das Verhältnis also auf 100 : 1 gesteigert werden.

Auch diese Rechnung beweist lediglich, daß Herr Menck die Kosten einer Streikversicherung gewaltig unterschätzt. Rechnet der Metallindustriellen-Verband damit, daß der 114. Teil seiner Arbeiter ständig streikt, so muß er den Arbeitgebern auch den 114. Teil der Gesamtarbeitszeit entschädigen, und da reicht ein Beitrag von nur eins vom Tausend der Lohnsumme bei weitem nicht aus, weder in normalen Jahren, noch in solchen, die sich durch außerordentliche Kraftaufwendungen der Arbeitergewerkschaft auszeichnen.

Noch ein drittes Beweisverfahren beliebt Herr Menck vorzuführen. Er stellt fest, daß die Erfahrung lehrt: wenn ein Arbeitgeber-Verband seine Kräfte mit einem Arbeiter-Verband messen will, so sei er ihm nur dann gewachsen, wenn seine Finanzen so stark seien, daß er für Streikunterstützungen dieselben Ausgaben machen könne, wie sein Gegner. Da der Metallarbeiter-Verband im Jahre 1903 1 051 385 Mk. für Streiks ausgab, die Leipziger Gesellschaft aber bei verdreifachtem Beitrag 940 000 Mk. aufbringen könne, so seien ihre Finanzkräfte annähernd gleiche, woraus sich die Beruhigung ergebe, daß der Arbeitgeber-Verband vom Arbeiter-Verband nicht besiegt werden könne.

Das Korrespondenzblatt verweist nun darauf, daß schon das Jahr 1904 die ganzen Rechenkünste Mencks über den Haufen werfe und daß der Metallarbeiter-Verband seine Aufwendungen für Lohnkämpfe noch bedeutend steigern könne. Außerdem habe Menck außer acht gelassen, daß außer dem Metallarbeiter-Verband auch noch andere Gewerkschaften an den Lohnkämpfen in der Metallindustrie partizipieren. —

Diese Kritik des Korrespondenzblattes dürfte im großen ganzen zutreffend sein. Allein, obwohl die Streikversicherung auf der projektierten Grundlage finanziell scheitern muß, ist keinen Augenblick daran zu zweifeln, daß sie ins Leben treten wird. Es sind auch schon alle Vorbereitungen dazu getroffen, in Nr. 3 der Arbeitgeber-Zeitung ist bereits ein Statut darüber veröffentlicht. Für die Herren „Generalsekretäre" handelt es sich bei Schaffung dieser besonderen Institution nebenbei um die Gewinnung neuer Brotstellen für ihre „Standesgenossen". Die Scharfmacher im Metallindustriellen-Verband sind aber zu sehr von dem Gedanken beherrscht, daß die Unternehmer die Herren im Hause sind, die den Arbeitern den Arbeitsvertrag einseitig vorzuschreiben das unveräußerliche und unantastbare Recht hätten. Sie werden also alles aufbieten, unsere Bestrebungen auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, auf Schaffung von Tarifverträgen auch fernerhin zu hintertreiben, sie werden die Unternehmer in allen Fällen zum äußersten Widerstand aufhetzen. Dagegen müssen wir uns rüsten. Wenn unsere Organisation stark genug ist und über die nötigen finanziellen Mittel verfügt, werden wir imstande sein, die Absichten der Scharfmacher zunichte zu machen. Wir mögen in dem einen und anderen Falle besiegt werden — das war auch bisher der Fall —, auf die Dauer können die Unternehmer die Lasten des Krieges nicht tragen. Es kommen für sie doch nicht bloß die „verlorenen Arbeitstage" bei einem Streik in Betracht, sondern noch andere, sehr schwerwiegende Faktoren. Es können nicht alle Arbeiten auf spätere Zeit verschoben werden. Der Verlust von Kundschaft, der Absatz auf dem Weltmarkt, die Konkurrenz — das sind Faktoren, die von den Projektemachern nicht in Rechnung gezogen wurden.

Die Streikversicherung wird auch als Probe dafür dienen, ob die Gesamtheit der Metallindustriellen auf die Dauer die Mittel dafür aufbringen will, daß die moralisch minderwertigen Elemente — um mit Herrn v. Reiswitz zu reden — des Unternehmertums ihre Arbeiter ungerecht behandeln, eine ihnen obliegende Pflicht vernachlässigen. Die erste Voraussetzung gerechter Behandlung ist aber unzweifelhaft, daß die Unternehmer bei Festsetzung des Arbeitsvertrags die Arbeiter als gleichberechtigt betrachten. Der Verband der Metallindustriellen hat sich bisher auf den Standpunkt gestellt, daß mit den Organisationen der Arbeiter nicht verhandelt werden dürfe — ein Standpunkt, wie ihn die Kohlenbarone gegenüber den streikenden Bergarbeitern auch einnehmen, worüber sogar der Reichskanzler v. Bülow am letzten Freitag im Reichstag sagte, daß er ihn nicht billige.

Der Starrsinn unserer Scharfmacher muß und wird aber gebrochen werden. Schwere und opferreiche Kämpfe werden wir zwar noch zu bestehen haben, bevor bei unseren Widersachern die Vernunft über die Herrenmoral siegt, darüber dürfen wir uns keinen Illusionen hingeben. Aber wir werden unser Ziel erreichen — ob früher oder später, das hängt einzig und allein von den Fortschritten ab, die unsere Organisation in Zukunft machen wird.

Fidele Arbeitswillige.

Bei der Firma Lohmann in Bielfeld stehen die Klempner, Metalldrücker und Schleifer im Streik. Mit den in Bielefeld engagierten Arbeitswilligen, die sich zusammensetzten aus Maurern, Steinträgern, Tischlern, Milchhändlern, Schustern und Pferdeschlächtern, war es der Firma nicht möglich, brauchbare Ware zu liefern. Da besann man sich, daß in Chemnitz auch Fahrradlaternenfabriken bestehen und daß infolge der schlechten Bezahlung daselbst es schon immer möglich gewesen ist, Arbeitskräfte von Chemnitz zu bekommen. In der Hoffnung, daß auch jetzt Chemnitzer Arbeiter bereit seien, ihren in Bielefeld im Kampfe stehenden Kollegen in den Rücken zu fallen, reiste der Geschäftsreisende Herr Lux nach Chemnitz, um da die Arbeitswilligen für Bielefeld anzuwerben. Herr Lux hatte Glück. Es kamen Leute, leistungsfähige Arbeiter, und nach eintägigem Hiersein hatte er schon so viel Arbeitswillige, daß er weiter reisen konnte. Die geworbenen Arbeitswilligen versprachen, in den nächsten Tagen nach Bielefeld zu kommen. Als Erkennungszeichen wollten die Leute vorerst eine rote Nelke im Knopfloch tragen. Dieses erschien aber Herrn Lux zu staatsgefährlich, denn wie er sich ausdrückte, könnte seine Firma annehmen, daß er nur lauter Rote schicke. Es wurde bestimmt, daß die Arbeitswilligen, wenn sie auf dem Bielefelder Bahnhof ankämen, das Taschentuch an die Nase halten sollten, als wollten sie sie putzen. Es scheint aber, als hätte Herr Lux diesmal in Chemnitz kein Glück gehabt, sondern als hätten die vermeintlichen Arbeitswilligen Herrn Lux auf den Leim geführt, denn die Bielefelder Volkswacht schreibt in Nr. 8 vom 10. Januar:

Am 8. Januar erhielt eine hiesige Firma folgende Epistel:

Chemnitz, den 7. Januar 1905.

Herrn Lohmann, Bielefeld.

Hierdurch teile ich Ihnen höflichst mit, daß ich erst heute meine Stellung bei Herrn ..... hier aufgeben konnte. Ich habe nun die Absicht, Montag früh mit dem ersten Zuge nach Leipzig und dann weiter nach Bielefeld zu fahren, wo ich, wie Herr Lux mir angegeben hat, um 10 Uhr 14 Minuten ankomme. Zufällig lernte ich den Klempner Richter kennen, den Herr Lux gleichfalls angenommen hat; der will seinem Freund, gleichfalls Klempner, dessen Namen ich vergessen habe, am Montag mit mir fahren. Im ganzen kommen wir: drei Klempner und ein Polierer. Wir bitten Sie also, uns am Bahnhof abholen zu lassen. Erkennungszeichen, wie Herr Lux uns angegeben, wie es auf beiligendem Zettel steht.

Hochachtungsvoll

Habakuk Nebukadnezar.

Welche Wirkung dieser Brief auf die bekümmerten Gemüter ausübte, ist einfach unbeschreiblich. Freude war in Trojas Hallen, und alles rüstete sich, um die Herren Richter, Schulze, Beickert und Krause würdig zu empfangen. Abends 10 Uhr 14 Minuten sollte das Dampfroß die Herren nach Bielefeld führen. Noch ein Moment höchster Spannung ... Die Abteile vierter Klasse öffnen sich, und im Nu sind die Ankömmlinge erkannt und empfangen. Herr Paul Lohmann, der Vertreter des Chefs, Herr Küper, der Prokurist, Werkmeister erster und zweiter Klasse und die Kanzleibeamten ohne Charge — alle machen die Honneurs: Sehr angenehm, sehr erfreut! — so und ähnlich lautete die Begrüßung, die an Herzlichkeit und wirklicher Freude nichts zu wünschen übrig ließ. Aber schon nahten auch die Posten der Streikbrüder und auch die versuchten, mit den Herren Schulze und Genossen Bekanntschaft zu machen. Doch vergeblich, es gelang den Posten nicht, die dichte Kette der dreizehn vom Empfangskomitee zu durchbrechen. „Lasset ihr diese los, so seid ihr meine Freunde nicht mehr," hörte man eine Stimme aus dem Gewühl der dreizehn, und die zwölf hingen sich darum wie Kletten an die Herren Schulze, Richter, Beickert und Krause.

Vor dem Bahnhofgebäude in Bielefeld stehen bekanntlich dann und wann mal Droschken. Und was soll ein solches Vehikel, wenn es nicht fährt? Es war also nichts natürlicher, als daß man die von der langen Eisenbahnfahrt ermüdeten Handwerksburschen per Droschke in ihre bereits freigehaltene Logis führte, zumal man dieselben auf diese Weise auch den Belästigungen durch die Posten entzog.

„Bitte, meine Herren, steigen Sie ein, für Wohnung haben wir schon gesorgt," flötete der Herr Chef, und in Gesellschaft eines mannhaften Begleiters, der auch mit Pferden umzugehen verstand, ging die Fahrt los. Während der Fahrt entzückte der Begleiter durch seine anmutigen Erzählungen. Stolz zeigte er nach einer Lobrede auf die Chefs und nach einem Klagelied auf die Schlechtigkeit des Metallarbeiter-Verbandes ein Beschwerdebuch, wie er es nannte, was den Fremden jedoch wie ein Gummischlauch der Achtgroschenjungen erschien. Das Beschwerdebuch war etwa einen halben Meter lang und dreiviertel Zoll im Durchmesser stark. Man kann es verstehen, wenn Karl Wilhelm Julius Schulze, der nicht sehr in Beschwerdebüchern belesen war, eine brennende Neugierde empfand, ein derartiges Buch kennen zu lernen. Mit der größten Zuvorkommenheit wurde ihm auf sein Ersuchen das Buch zur Verfügung gestellt. „In diesem Zeichen wirst du siegen," dachte Schulze und steckte das Beschwerdebuch, das sich wie ein echter Gummischlauch krümmte und schlängelte, in seine Tasche.

Jetzt: Am Damm 3! Hier wohnte der Begleiter. Da aber im Hause kein Bierladen vorhanden war, die Fremdlinge begreiflicherweise aber durch einen guten Trunk sich aufmuntern wollten, wurde im nächsten Restaurant Halt gemacht. Dem Klempner Beickert, der, wie es schien, schon während der Reise nicht allzu enthaltsam gelebt hatte, passierte da nun ein kleines Malheur: Die Hälfte seines Bartes wollte nicht an dem Besitzer haften bleiben, sondern hing betrübt herunter, und weil das nun gar zu unästhetisch aussah, faßte Krause den Entschluß, den Beickert der männlichen Zierde, des Bartes, gänzlich zu berauben. Ein Ruck, und der Bart lag am Boden. (Der ehrliche Finder wird um Rückgabe freundlichst gebeten.) Dem mannfesten Begleiter war das alles weiter nicht aufgefallen. Er, der leider sein Portemonnaie vergessen hatte, war froh, so brave und splendide Kameraden angetroffen zu haben.

Und weiter zur Renteistraße. Hier war das Ziel die Behausung des Barbiers Jülich vorgesehen. Die dreizehn hatten sich auch inzwischen per pedes eingefunden und bildeten bei der Ankunft der Fremdlinge Spalier. „Nur immer herein, meine Herren, Herr Lohmann hat für Abendessen gesorgt." Und wirklich sah es beim Eintritt in das Zimmer recht gastlich aus.

Kalter Aufschnitt und Tee! Das war ein Labsal nach den Strapazen der Reise! Beickert war allerdings auch davon nicht befriedigt. Er lamentierte in einem fort: „Tee ohne Rum trinke ich nicht, Rum her, Rum her! Erst als ihm die Zusicherung gegeben wurde, daß ein Rotweinpunsch folgen sollte, gelang es, den Lärmenden zu beschwichtigen. Der Punsch soll vorzüglich gemundet haben, und die Schulze und Genossen konnten gar nicht oft genug wiederholen, daß sie Herrn Jülich bei ihren Kollegen in empfehlende Erinnerung bringen würden.

Als die Stimmung eine recht gemütliche wurde, erschien auch Herr Paul Lohmann wieder. Freundlichst offerierte er den Herren einige seiner Zigarren, deren würziges Aroma die ungezwungene Unterhaltung noch mehr anregte.

Nur Richter, der übrigens schon den ganzen Abend sich als nüchterner Duckmäuser gezeigt hatte, summte zuweilen:

Scheint die Sonne noch so schön,
Einmal muß sie untergeh'n!
Brüderlein fein, Brüderlein fein,
Es muß geschieden sein!

Und um Mitternacht erhebt sich der Mann und redet sogar. Er sagte folgendes: „Höflich, wie wir nun einmal sind, können wir es nicht unterlassen, Herrn Lohmann unsern freundlichsten Dank für die freundliche und liebenswürdige Aufnahme auszusprechen. Wir wünschen, daß Herr Lohmann stets mit seinen Arbeitern in dieser zuvorkommenden Weise verkehren möge, und nun gestatten Sie, daß ich die Herren bekannt mache:

Herr Derichs, Geschäftsführer der Volkswacht (Jul. Schulze), Herr Zenker, Redakteur der Volkswacht (Herm. Beuckert), Herr Graf, Expedient der Volkswacht (Wilhelm Krause), und ich heiße Köllner, Geschäftsführer des Metallarbeiter-Verbandes (Eugen Richter)!

Es hat uns sehr gefreut! Gute Nacht, meine Herren!"

Und danach zogen die Fremdlinge ab, nachdem Herr Jülich erklärt hatte, daß seine Gastfreundschaft nicht mit schnödem Mammon bezahlt werden könne. Beim Abzug hörten sie nur noch ein: „So—o—o!" weiter nichts.

Im Hause Renteistraße 2 war es still geworden. Nur vor dem Hause plauderte noch eine Gruppe von Männern im Flüsterton. Ein Vorübergehender sagte: „Guten Abend, meine Herren!" — „Das ist Severing!" raunte man sich seufzend zu, beklommen wie Geßler, als er getroffen bekannte: „Das ist Tells Geschoß!" —

Die Streikbrüder und die Fremdlinge haben noch manches Glas auf das „gute Einvernehmen" zwischen Firma und Arbeitern bei Lohmann geleert.

Zum Ausbau unseres Verbandes.

Alle die Einwände, die bis jetzt im Verbandsorgan und auf den verschiedenen Konferenzen gegen die Vorlage des Vorstandes gemacht wurden, sind doch nur Hypothesen, die aus der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung aller Länder leicht widerlegt werden können. In Frankreich, wo die Gewerkschafter in ihrer Mehrzahl noch immer an dem Dogma des Generalstreiks festhalten und die Massen, die man doch zu seiner Durchführung braucht, durch niedrige Beiträge an sich fesseln wollen, sind die Gewerkschaften kraftlos und unbedeutend. In England, dem klassischen Lande der Gewerkschaftsbewegung, haben schon vor Jahrzehnten große Kämpfe mit Erfolg stattgefunden. Man hat dort die Unternehmer gezwungen, die Gewerkschaften anzuerkennen, mit ihnen zu verhandeln, Tarifverträge 2c. abzuschließen. Die Gewerkschaften Englands hätten sicher die großen Erfolge nicht errungen, wenn sie nicht verstanden hätten, durch ihre Unterstützungseinrichtungen dauernd eine große Mitgliederzahl an sich zu fesseln. Es ist doch auch kein Zufall, daß gerade der Buchdrucker-Verband, in Deutschland die älteste Gewerkschaft mit Unterstützungseinrichtungen, in bezug auf das Organisationsverhältnis mit 87 Prozent an der Spitze der deutschen Gewerkschaften marschiert. Nur auf Grund ihrer realen Macht, die sich in der hohen Prozentziffer der organisierten Berufsgenossen verkörpert, haben die Buchdrucker es vermocht, ihre Tarifverträge mit den Unternehmern abzuschließen. Während der Zeit der Geltungsdauer des Tarifs kommt aus der Hauptkasse so gut wie keine Streikunterstützung zur Auszahlung. Daraus erklärt sich auch der hohe Kassenbestand von 4 031 000 Mk., den am Schlusse des Jahres 1903 die Hauptkasse des Buchdrucker-Verbandes aufzuweisen hatte. Kommt es dann bei Ablauf des Tarifs zu ernsten Differenzen, so kann eine solche Gewerkschaft, mit allen Machtmitteln versehen und einer Mitgliedschaft, die durch die materiellen Vorteile, die der Verband bietet, fest an ihn gekettet ist, den Kampf getrost aufnehmen.

Es ist überhaupt interessant und als günstiges Zeichen für die Entwicklung der Organisationen zu betrachten, wie sich die Beitragsleistung und die Mitgliederzahl in den einzelnen Verbänden nach Ausbau des Unterstützungswesens gesteigert hat. Die Holzarbeiter hatten 1894 26 141 Mitglieder und eine Einnahme von 7,27 Mk. pro Kopf, 1903 aber 15,85 Mk. Einnahme pro Kopf, die Mitgliederzahl war auf 79 732 gestiegen. In unserem Verband betrug die Beitragsleistung 1894 7,62 Mk. pro Kopf bei einer Mitgliederzahl von 33 406, im Jahre 1903 die Beitragsleistung 17,58, die Mitgliederzahl war aber auf 160 135 angewachsen. Daraus ergibt sich die längst bekannte Tatsache, daß die Erhöhung der Beitragsleistung die Mitgliederzahl nicht verringert, sondern erhöht und stabiler macht.

Nun aber zurück zu dem eigentlichen Thema. Seit Inaugurierung der Sozialgesetzgebung hat man die Wahrnehmung gemacht, daß sich die Arbeiter in ihrer großen Masse mehr und mehr für die Krankenkassengesetzgebung interessierten, und heute ist die erfreuliche Tatsache zu konstatieren, daß in allen Orten Deutschlands, wo eine größere Zahl organisierter Arbeiter vorhanden, die Leitung der Ortskrankenkasse in ihren Händen ist. Einzelne dieser Kassen leisten, soweit die Gesetzgebung es nur gestattet, das möglichste, was nur geleistet werden kann. Keiner dieser Kassen ist es aber möglich, den vollen Schaden, den der Arbeiter bei längerer Krankheit durch Lohnausfall erleidet, zu ersetzen. Die Gegner der Erwerbslosenunterstützung verweisen für diese Fälle unsere Mitglieder auf die Zuschußkassen, bedenken aber dabei nicht, daß ein großer Teil unserer Mitglieder der Altersgrenze wegen in dieser Kasse keine Aufnahme findet. Die jüngeren Kollegen haben, weil sie im Erkrankungsfall nicht so viel brauchen wie ein Familienvater, nicht das Interesse an der Sache, um wöchentliche Beiträge von 30, 40 oder noch mehr Pfennige (für eine Wochenunterstützung von 6, 7 oder 8 Mk.) an die Zuschußkasse zu zahlen. Diese Zuschußkassen sind eben infolge ihrer verhältnismäßig hohen Ausgaben für sachliche und persönliche Verwaltungskosten, Generalversammlungen, Ansammlung des gesetzlich erforderlichen Reservefonds, gezwungen, die Beiträge zu erhöhen oder die Unterstützung einzuschränken. Auch fehlen diesen Kassen die jüngeren Mitglieder; die überwiegend älteren Mitglieder sind häufiger Erkrankungsfällen ausgesetzt. Deshalb auch die Defizite in den letzten Quartalsabrechnungen der Zentral-Zuschußkrankenkasse der Tischler mit dem Sitze in Hamburg.

Ich bin mit der Vorlage des Vorstandes im großen und ganzen einverstanden, hätte aber gewünscht, daß die Dauer der Unterstützung nicht 20, sondern 26 Wochen beträgt, selbst auf die Gefahr einer Beitragserhöhung nicht nur von 10, sondern von 15 Pf. Aus praktischen Gründen wünsche ich das, weil wir dann unsere Leistungen der in der neuen Krankenkassennovelle vorgeschriebenen Mindestleistung angepaßt hätten.

Kollege Sommerfeld-Lübeck schreibt in Nr. 52, es seien ja nur 99 (?) Orte im Verband, die keine Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1903 auszahlten. Die Mitglieder in den betreffenden Orten meldeten sich erst krank, wenn sie nicht mehr laufen könnten, aus Furcht vor der Entlassung. Nun, Kollege Sommerfeld, wenn dann die Krankheit, wie das in solchen Fällen gewöhnlich ist, 10 bis 20 Wochen dauert, so ist der davon Betroffene auf die ungenügenden Leistungen der Orts- oder im schlimmsten Falle der Gemeindekrankenkasse angewiesen.

Der Kollege Stich-Dittrichsdorf äußerte sich in Nr. 52 zu der Frage der Verschmelzung mit den uns noch fernstehenden Verbänden der Schmiede, Kupferschmiede, Werkzeugarbeiter. Er kam zu dem Schlusse, daß, je weiter wir unseren Verband im Unterstützungswesen ausbauen, um so schwerer würde diesen Verbänden der Übertritt gemacht. Dies bezweifle ich; ich glaube, je mehr wir die genannten Verbände in ihren Leistungen übertreffen, desto mehr werden die Mitglieder dieser Verbände selbst über die Köpfe ihrer Vorstände hinweg für den Übertritt geneigt sein. Und in erster Linie sind wir es doch selbst, die annehmbare Bedingungen für den Übertritt stellen werden. Ich erinnere nur an die Übertritte der Former, Goldarbeiter und verschiedener Lokalorganisationen. Im übrigen bin ich der Meinung wie Kollege Stich, daß auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß und auch auf unserer Generalversammlung die Verschmelzungsfrage ernsthaft in Angriff genommen werden muß.

Dann bin ich überhaupt nicht der Meinung, daß mit der Einführung der Erwerbslosenunterstützung der Ausbau unseres Verbandes beendet sei. Nach 20- bis 30jähriger Mitgliedschaft können wir den invalid gewordenen Mitgliedern doch nicht zumuten, ihre Beiträge von den 33⅓ oder auch einige Pfennige mehr, die sie als „Reichspensionäre" beziehen, zu bezahlen. Oder will man denn die von uns mit Recht bekämpfte Gepflogenheit unserer Gegner befolgen, die nichts weiter für den alten Arbeiter übrig haben als die Worte: Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen? Wir müssen dieser Sache in nächster Zeit unsere Aufmerksamkeit schenken. Ein kleiner Zuschuß nach langjähriger Mitgliedschaft an die invalid gewordenen Mitglieder würde den Verband nicht erheblich belasten. — Die geplante Gewährung eines Sterbegeldes an die Hinterbliebenen von Mitgliedern wird, wenn durchgeführt, ebenfalls für die Stabilität der Mitgliedschaft von günstiger Wirkung sein.

Wir haben in Gera seit Einführung der wöchentlichen Beitragskassierung in der Wohnung der Mitglieder die Wahrnehmung gemacht, daß besonders die Frauen, die den Wert einer Unterstützung in vielen Fällen besser einzuschätzen wissen als der Mann, für die Ablieferung der regelmäßigen Beiträge sorgten und wir nur in ganz vereinzelten Fällen gezwungen waren, Mitglieder wegen restierender Beiträge zu streichen.

Alles in allem stehe ich auf dem Standpunkt: Der Verband muß so ausgebaut werden, daß er für jedes Mitglied unentbehrlich ist. Erst wenn wir die Massen unserer Berufskollegen organisiert haben, können wir unser Ziel: ausreichende Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, gute sanitäre Einrichtungen in den Werkstätten und Fabriken erreichen. Die Klagelieder der kleinen Städte, die sich heute immer gegenüber den Großstädten zurückgesetzt fühlen, werden dann verstummen. Der Verband wird dann in der Lage sein, Verträge mit den Unternehmerverbänden abzuschließen, deren günstige Bestimmungen auch den Mitgliedern in den kleinen Orten zugute kommen. Unsere Kräfte brauchen wir dann nicht mehr zu zersplittern, wie in den immerwährenden Kämpfen der jetzigen Zeit. Unser Vorstand hatte im vorigen Jahre versucht, mit dem Unternehmerverband der Metallindustriellen zu verhandeln zum Zwecke der Anbahnung eines Tarifvertrags. Die Antwort der „Kühnemänner" war ablehnend. Die „Herren" stützten sich hierbei auf die große Zahl der Arbeiter, die sie beschäftigten (230 000), während unser Verband „nur" 160000 Mitglieder habe. Wenn wir über eine noch imposantere Macht verfügen, wird die Antwort der Herren ein anderes Mal sicher anders ausfallen.

Zum Schlusse will ich noch darauf hinweisen, daß wir keine Ursache haben, sorglos in den Tag hineinzuleben. Wir müssen auf der Hut sein, unsere Scharfmacher werden alles aufbieten, um die Gewerkschaften nicht zu der von uns ersehnten Macht kommen zu lassen. Gesetzesvorlagen wie das Kontraktbruchgesetz gegen die ländlichen Arbeiter haben wir auch gegen die Industriearbeiter zu gewärtigen. Keine Partei (wie die Vergangenheit beweist) tritt dann außer der sozialdemokratischen energisch für unsere ohnehin so kümmerlichen Rechte ein. Deshalb rufe ich allen Verbandskollegen zu: Wirkt unablässig neben der Agitation für die Gewerkschaft auch für die Partei, so daß in Zukunft der letzte Mann in unserer Industrie nicht nur Verbandskollege, sondern auch mit Recht Parteigenosse genannt werden kann.

Gera. **R. Grimm.**

Die Lohnbewegung in der Berliner Gelbmetallindustrie.

Die Vereinigung der Berliner Metallwarenfabrikanten hat einen neuen Trick ausgesonnen, sie hat, wie schon in voriger Nummer erwähnt, die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung beschlossen. Es ist ja hinlänglich bekannt, welche Mühe sich diese Kühnemännergruppe im vorigen Jahre gab, um eine sogenannte gelbe Gewerkschaft zu gründen. Da wurde den organisierten Arbeitern ein Revers zur Unterschrift vorgelegt, auf welchem sie ihren Austritt aus der Organisation und ihren Eintritt in eine von den Unternehmern zu gründende „Organisation der nichtorganisierten Arbeiter" erklären sollten. Mit diesem Manöver erlitten die Fabrikanten damals dank der Wachsamkeit des Metallarbeiter-Verbandes kläglich Schiffbruch. Es fanden sich nur verschwindend wenig Arbeiter, die den Kühnemännern auf den Leim kochen, denn jeder denkende Arbeiter mußte sich sagen, daß es sich hier nur um die Gründung einer Streikbrecherorganisation handeln konnte. Doch wer unsere Kühnemänner kennt, weiß auch, daß sie einen einmal gefaßten Plan nicht so ohne weiteres aufgeben. Sie brauchten Dumme und fanden sie auch bei der jetzigen Aussperrung. Unter schweren Mühen und Kosten ist es ihnen während dieses schon zirka viermonatlichen Kampfes gelungen, aus den verschiedensten Gegenden Deutschlands und des Auslandes einige hundert Arbeitswillige anzuwerben, und diese Leute sollen ihnen nun den Stamm zu der organisierten Streikbrechergarde liefern. Um dieser armseligen Fabrikantenschutztruppe die Sache etwas schmackhafter zu machen, haben die Kühnemänner jetzt eine „Arbeitslosenunterstützung" eingeführt, deren „Wohltat" arbeitslos werdenden Arbeitswilligen zugute kommen soll. Die Skala der Unterstützungssätze sowie das ganze Unterstützungsreglement ist in allen wesentlichen Punkten den diesbezüglichen Bestimmungen des Metallarbeiter-Verbandes nachgeäfft.

Schon hieran merkt man, wohin die Reise geht. Aber die Fabrikanten tun noch ein übriges: Sie tragen die Kosten dieser „Arbeitslosenunterstützung" ganz allein, ohne die Arbeitswilligen zu Beiträgen heranzuziehen. Merkwürdig, dieselben Unternehmer, die sonst nicht laut genug über die „ungeheuren Lasten" jammern, die ihnen angeblich durch die Sozialgesetzgebung erwachsen, und die Himmel und Hölle mobil machten, als von einer Einführung der staatlichen Arbeitslosenversicherung die Rede war, zu der sie nur einen Teil der Kosten aufbringen sollten — dieselben Unternehmer tragen hier ganz vergnüglich die gesamten Kosten der Arbeitslosenunterstützung, wo es sich um die Anhaltung von Arbeitswilligen handelt! Nun, sie können das ja auch, weil diese Arbeitslosenunterstützung wenig oder gar nichts kostet!

Den ganzen Trick charakterisieren zur Genüge folgende „Statutarische Bestimmungen": „Voraussetzung für die Unterstützung ist, daß die Ursache der Arbeitslosigkeit in Mangel an Arbeitsgelegenheit besteht ... Aus der Liste der Eingeschriebenen (das heißt der bei den Kühnemännern organisierten Arbeitswilligen) wird gestrichen, wer nach § 125 der Reichsgewerbeordnung ohne Kündigung entlassen werden kann, wer wiederholt wegen Trunkenheit, Streitsüchtigkeit oder Unfriedenstiftens seine Stelle verläßt, oder wer bei einem Mitglied der Vereinigung streikt."

Also streiken darf der „Eingeschriebene" nicht, und da die Arbeitslosenunterstützung nur bei Mangel an Arbeitsgelegenheit gezahlt wird, so muß er jede Arbeit annehmen, die ihm von den Fabrikanten nachgewiesen wird, auch solche in etwa bestreikten Betrieben als Streikbrecher. Dafür erhält der „Eingeschriebene" aber auch die tröstliche Zusage, daß er im Falle einer Aussperrung nicht entlassen wird. Man sieht also, daß die ganze Geschichte lediglich auf die Schaffung einer dem Unternehmertum stets dienstbereiten Arbeitswilligenorganisation hinausläuft, und daß dieser Unterstützungseinrichtung jedes edle Motiv fehlt.

Damit die Vereinigung aber vor Ansprüchen noch sicherer ist, wird noch vorsichtig bemerkt, daß die Arbeitslosigkeit ihre Ursache nicht in ungenügender geistiger oder körperlicher Leistungsfähigkeit haben dürfe. „In Zweifelsfällen ist nach schriftlicher Äußerung der letzten Arbeitgeber das Gutachten eines Vertrauensarztes des Schiedsgerichtes für Arbeiterversicherung einzuholen, ob der Arbeiter die geistige und körperliche Befähigung für Arbeiten besitzt, die für ihn in den letzten drei Jahren die Hauptquelle seines Erwerbes bildete." — Wenn die Zitrone ausgepreßt ist, wird sie beiseite geworfen!

Und damit ja kein so Tölpel von Arbeiter etwa auf den Gedanken kommen kann, daß er doch ein begründetes Anrecht auf Unterstützung habe, so wird ihm durch den Schlußpassus der Bestimmungen klar gemacht, daß er ganz von dem — so rühmlichst bekannten — „Wohlwollen" abhängig ist, ein gesetzliches Recht oder ein Klagerecht überhaupt steht den Arbeitern nicht zu! Der Arbeiter, der sich auf Grund der von der „Vereinigung" beliebten Arbeitslosenunterstützung dupieren läßt, verzichtet auf seine Menschenwürde, er ist ein Sklave.

* * *

Zuzug von Berlin ist unter allen Umständen streng fernzuhalten, von den Machinationen der Agenten der Kühnemänner ist sofort an die Verbandsstellen zu berichten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag den 29. Januar der **5.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **29. Januar bis 4. Februar** 1905 fällig ist.

* * *

Für die aus den Einzelmitgliedschaften Mügeln, Niedersedlitz und Pirna zu errichtende Geschäftsstelle Mügeln, Bezirk Dresden, soll am 1. April 1905 ein

besoldeter Geschäftsführer

angestellt werden. Das Anfangsgehalt beträgt 140 Mk. monatlich. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Verbandsmitglied, in schriftlichen Arbeiten bewandert sein, über die nötigen Kenntnisse, besonders im Rechnungswesen, verfügen und in Differenzfällen mit den Unternehmern verhandeln können.

Die Bewerbung muß bis zum **8. Februar 1905** zu Händen des Bezirksleiters M. Haack, Dresden-N., Weimarischestraße 12, I., sein. Aus der Bewerbungsschrift muß das Alter, der Beruf, die Dauer der Verbandszugehörigkeit und die seitherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung hervorgehen.

Mit der Bewerbung ist eine Probearbeit über: Die Aufgaben eines Geschäftsführers im Deutschen Metallarbeiter-Verband einzusenden. Bewerbungsschrift und Probearbeit sind getrennt zu halten, und das Kuvert muß die Aufschrift Geschäftsführer tragen.

* * *

In Gemäßheit des § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts wird den nachstehend angeführten Verwaltungsstellen beziehungsweise Einzelmitgliedern der Hauptkasse die Erhebung eines Extrabeitrags gestattet und dies den in Betracht kommenden Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem Bemerken, daß die Nichtbezahlung der Extrabeiträge Entziehung statutarischer Rechte zur Folge haben kann.

Den Verwaltungsstellen in **Eßlingen, Homburg v. d. Höhe, Ludwigshafen a. Rh.** und **Velbert** die Erhebung je eines wöchentlichen Extrabeitrags von 5 Pf. pro Mitglied, und zwar Homburg v. d. Höhe ab 1. Januar 1905, die übrigen ab 1. Februar 1905.

Der Verwaltungsstelle in **Torgelow** die Erhebung eines wöchentlichen Extrabeitrags, an Stelle des bisherigen Monatsbeitrags, von 10 Pf. pro Mitglied vom 1. Februar 1905 ab.

Aufgehoben wird hiermit der von der Verwaltungsstelle **Kaufbeuren** erhobene monatliche Extrabeitrag von 10 Pf. pro Mitglied.

* * *

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 8a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Brandenburg a. Havel:**

der Metallarbeiter Otto Alisch, geb. am 8. April 1869 zu Brandenburg, Buch-Nr. 252280;
der Metallarbeiter Friedrich Blumenthal, geb. am 16. Oktober 1846 zu Treuenbrietzen, Buch-Nr. 667799;
der Metallarbeiter Paul Höpfner, geb. am 28. Juli 1872 zu Brandenburg, Buch-Nr. 775811;
der Metallarbeiter Emil Hoffmann, geb. am 27. Dezember 1871 zu Brandenburg, Buch-Nr. 686228;
der Maschinenbauer Wilhelm Krause, geb. am 3. Oktober 1882 zu Brandenburg, Buch-Nr. 420758;
der Schlosser Karl Müller, geb. am 4. Februar 1875 zu Brandenburg, Buch-Nr. 775815;
der Metallarbeiter Wilhelm Plage, geb. 10. Juli 1874 zu Strubensee, Buch-Nr. 719972;
der Metallarbeiter Karl Riese, geb. am 5. April 1876 zu Ferch bei Werder, Buch-Nr. 658618;
der Metallarbeiter Otto Rosenmüller, geb. am 14. Mai 1868 zu Brandenburg, Buch-Nr. 775819;
der Metallarbeiter Otto Weber, geb. am 6. Oktober 1888 zu Rostow, Buch-Nr. 775815,

sämtlich wegen Nichtbeachtung einer verhängten Sperre.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Kaufbeuren:**

der Former Martin Schaufler, geb. am 26. November 1885 zu Emmingen, Buch-Nr. 552713, wegen Diebstahls an einem Verbandskollegen.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle in **Köln a. Rh.:**

der Klempner Karl Neuhahn, geb. am 1. März 1863 zu Kassel, Buch-Nr. 702141, wegen unkollegialem und disziplinlosem Verhalten.

* * *

Wegen sie betreffender Anträge auf Ausschluß beziehungsweise Nichtwiederaufnahme wird hierdurch den nachstehend aufgeführten Mitgliedern Gelegenheit zur Rechtfertigung gegen die den Antrag auf Ausschluß begründenden Beschuldigungen gegeben, mit dem Bemerken, daß sie, sofern sie auf dreimalige Aufforderung an dieser Stelle sich nicht rechtfertigen, aus dem Verband ausgeschlossen werden.

Dem Former Paul Krüger, geb. am 14. Juli 1886 zu Guben, Buch-Nr. 614523, nach einem von den Einzelmitgliedern in **Rengersdorf** gestellten Antrag, wegen Diebstahl.

Dem Mitglied Johann Schiebahn, geb. am 26. November 1880 zu Köln a. Rhein, Buch-Nr. 659325, nach einem von der Verwaltungsstelle in **Oberhausen** erhobenen Vorwurf, wegen Veruntreuung von Verbandsmarken.

* * *

Gewarnt wird vor dem Spengler Heinrich Wölling, geb. am 12. Dezember 1875 zu Kassel. Wölling hat sich unter falschen Vorspiegelungen Unterstützung in **Freiburg i. B.** erschwindelt und ist dann unter Zurücklassung seines Mitgliedsbuches abgereist.

* * *

In der Quittung in Nr. 2 dieser Zeitung sind für Essen irrtümlich 3500 Mk. statt **2500 Mk.** als an die Hauptkasse eingesandt aufgeführt, was hierdurch richtiggestellt wird.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an

Theodor Werner, Stuttgart, Röte-Straße 16b

zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß **Der Vorstand.**

* * *

Quittung

der Eingänge für die streikenden Ruhrbergleute (bis 23. Januar):

Von den Verwaltungsstellen: Frankfurt a. Main 300, Halle a. S. 1000, Kassel 200, Köln 500, Pries 50, Hamburg 5000, Aschersleben 100, Augsburg 302,60, Bieberach 10, Braunschweig 1500, Gmünd 40, Neumünster 80, Schwabach 44, Feingoldschläger 50, R. Schille, St. Georgen 7, Meier, Stuttgart 1, ein Fabrikant 5, ein Zigarrenhändler 1, eine Witwe 1, Einzelmitglieder von Rombach 16,30 Mk. Summa 9207,90 Mk.

Alle für die Bergarbeiter bestimmten Gelder sind getrennt von Verbandsgeldern an die Adresse des Hauptkassiers einzusenden und dürfen auf den Quartalsabrechnungen nicht verrechnet werden. Wir ersuchen allwöchentlich einzusenden, damit wir in gleicher Weise abliefern können.

Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zuzug ist fernzuhalten:

von **Drehern, Formern** und **Schlossern** nach Bamberg (Gebrüder Langhammer) M.; nach Stettin (Stoewer) St.;
von **Drehern, Schleifern** und **Schlossern** nach Köln-Ehrenfeld (Bayha);
von **Formern** und **Eisengießereiarbeitern** nach Solingen (Vooß, Inhaber Stöcker); nach Torgelow in Pommern;
von **Gürtlern, Drückern, Schleifern, Beizern, Drehern** und **Metallformern** nach Berlin; nach Chemnitz (Holzthiem & Neubauer) St.; nach Erfurt, Ilversgehofen;
von **Härtern** nach Wald (Ern);
von **Kesselschmieden** nach Dortmund und Umgegend; nach Kopenhagen (Zweigniederlassung der Braunschweiger Gasometer- und Maschinenbau-Aktiengesellschaft) St.;
von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Bielefeld (Lohmann Fahrradlaternenfabrik) St.; nach Dessau (Waggonfabrik) A.; nach Stettin (Stoewer) D.;
von **Metallgießern** nach Eberswalde (Lunitz) St.;
von **Monteuren** nach Köln a. Rh. (Helios);
von **Schlägereiarbeitern** nach Solingen (Emil Wolfert) D.;
von **Schleifern** und **Polierern** nach Velbert (Schloßfabrik G. Judick) St.;
von **Kesselheizern, Ofenleuten, Schmelzern, Drehern, Schlossern** und **Ziehern** nach Wien (Stahl- und Preßwerke Deng & Co.) St.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **welche überhaupt zu meiden sind**; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkord-Reduktion; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anläße in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Aus den Agitationsbezirken.

I. Bezirk.

Bericht über die Bezirkskonferenz in Stettin.

Die am 15. Januar in Stettin abgehaltene Bezirkskonferenz wurde von dem Bezirksleiter, Kollegen Rohrlack, um 10 Uhr vormittags eröffnet. Zur Leitung der Verhandlungen wurden die Kollegen Faber-Stettin, Jahrmann-Torgelow und Passehl-Wolgast berufen. Vertreten waren 28 Verwaltungsstellen durch 31 Delegierte. Der Vorstand war durch Kollege Massatsch und die Bezirksleitung durch Rohrlack vertreten. Die Tagesordnung wurde wie folgt festgesetzt: 1. Der gegenwärtige Stand der Organisation im ersten Bezirk und die nächsten Aufgaben der Agitation. Berichterstatter H. Rohrlack. 2. Stellungnahme zur Generalversammlung. Berichterstatter Karl Massatsch. 3. Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß. Berichterstatter H. Rohrlack. 4. Wahl eines Delegierten. 5. Erledigung sonstiger Anträge.

Zu Punkt 1 berichtete ausführlich der Bezirksleiter Rohrlack, wobei er auf den vorliegenden vervielfältigten Tätigkeitsbericht und die Tabelle der Verwaltungsstellen verwies. Redner bemerkte, daß für 1903 ja ein Bericht im Jahrbuch enthalten sei. Die Tätigkeit war eine umfangreiche, im Jahre 1904 wurden 475 Angelegenheiten der verschiedensten Art erledigt, darunter 49 öffentliche Versammlungen, 37 Branchen-, 55 Werkstatt-, 89 Mitgliederversammlungen, 194 verschiedene Sitzungen, 41 Besuche zur Hausagitation, Einführung der Organisation u. s. w., und verschiedene andere Angelegenheiten. Aus der Mitgliederstatistik geht hervor, daß die Zahl der Mitglieder am Schlusse des Jahres 1903: 2572, 1904: 3566, mithin die Zunahme 1028 betrug. Vier Verwaltungsstellen haben eine Abnahme von zusammen 54 Mitgliedern zu verzeichnen, die in örtlichen Verhältnissen, wie Abreise infolge schlechter Konjunktur ꝛc. begründet ist. Der Mitgliedergewinn war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein bedeutend höherer. Durch den Zug nach Berlin, dem Westen ꝛc. gehen aber dem Bezirk wieder eine bedeutende Anzahl Mitglieder verloren. Neu eingerichtet sind Verwaltungsstellen in Pasewalk, Swinemünde, Tilsit und Wolgast. Kollege Rohrlack besprach dann die vergangenen und bevorstehenden Lohnbewegungen in den verschiedenen Orten. Als nächste Aufgaben der Organisation bezeichnete er den Ausbau des Systems der Vertrauensmänner in den Werkstätten, eifrige Hausagitation u. s. w., daneben erachtet er die Beobachtung der wirtschaftlichen Konjunktur als eine sehr wichtige Aufgabe der Organisation. An der folgenden Debatte beteiligten sich fast alle Delegierten, dabei über ihre Erfahrungen in der Agitation, die örtlichen Verhältnisse und die Zustände in ihrer Verwaltungsstellen berichtend. Bemängelt wurde die Tätigkeit des Bezirksleiters eigentlich von niemand. Die Kollegen Happich und Faber-Stettin besprachen persönliche Differenzen mit dem Hauptvorstand und der Bezirksleitung. Kollege Faber beklagte sich über Bureaukratismus und Schematismus, den er beim Hauptvorstand gefunden habe. Beiden Kollegen antwortete der Vertreter des Vorstandes, der die Angelegenheiten klar stellte. — Dieser erste Punkt füllte die ganze Vormittags- und einen Teil der Nachmittagssitzung aus. In seinem Schlußwort betonte Rohrlack, daß er seine Schuldigkeit getan habe, dies beweise die Debatte, in der seine Tätigkeit anerkannt sei, er müsse aber bitten, daß auch die Kollegen, die in der Lage seien, sich in der Agitation zur Verfügung zu stellen, mehr auf dem Posten seien, dann werde die Organisation in dem größten und ausgedehntesten Bezirk des Verbandes auch weiter Fortschritte erzielen. (Beifall.)

Kollege Massatsch referierte dann über die Unterstützungsvorlage des Hauptvorstandes. Sein Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Kollege Massatsch betonte besonders, es sei ausgeschlossen und gefährde nur die Vorlage, daß weitergehende Anträge wie die des Hauptvorstandes angenommen und akzeptiert würden. An der Debatte beteiligten sich in zustimmendem Sinne die Kollegen Passehl, Faber, Jahrmann, Happich und Fränzel. Kollege Passehl begründete die Anträge seiner Verwaltungsstelle auf Herabsetzung der Karenzzeit auf drei Tage und die Gewährung des Sterbegeldes auch in solchen Fällen, wo die Ehefrau des Mitglieds

stirbt. Kollege Jahrmann befürwortete die Kilometerherabsetzung bei Umzugsfällen in Landgebieten auf 15 Kilometer. Die Anträge wurden abgelehnt. Einstimmig angenommen wurde folgende Resolution:

„Die Konferenz des ersten Bezirkes beschließt, den Anträgen des Hauptvorstandes in bezug auf den Ausbau des Verbandes zur Einführung einer Kranken- oder Erwerbslosenunterstützung vollinhaltlich zuzustimmen. Diese Zustimmung erfolgt jedoch nicht deswegen, um, wie die Gegner solcher Einrichtungen in unserer Organisation annehmen, die Organisation immer mehr in das Fahrwasser einer reinen Unterstützungsorganisation zu drängen, sondern deshalb, weil die Bezirkskonferenz der Überzeugung ist, daß die gewerkschaftliche Organisation den Mitgliedern alles das bieten soll, wozu der Arbeiter aus wirtschaftlich-sozialen Gründen sonst noch Nebenorganisationen braucht, wie die Sterbe- und Krankenkassen. Auch dieser Ausbau unseres Verbandes wird zweifellos eine Stärkung und Festigung und desgleichen auch eine Steigerung unserer Kampfesfähigkeit herbeiführen."

Die Abstimmung über die Vorstandsvorlage war mit Rücksicht darauf, daß durch angenommenen Schlußantrag einigen Gegnern das Wort abgeschnitten wurde — sie hätten sich allerdings rechtzeitig in die Rednerliste eintragen lassen können —, eine namentliche. Für die Vorlage stimmten 28 Delegierte, die 3171 Mitglieder vertraten, dagegen drei Delegierte mit 395 Mitgliedern, es sind dies die Verwaltungsstellen Bromberg, Elbing und Wismar.

Über den Gewerkschaftskongreß referierte Kollege Rohrlack. Er ist wenig von der Tätigkeit der Gewerkschaftssekretäre in Elbing und Bromberg in bezug auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband befriedigt. Ob das Zentralarbeitersekretariat in Berlin die hohen Ausgaben dafür lohne, darüber müsse erst dessen Tätigkeitsbericht abgewartet werden. Redner ging dann näher auf das Kapitel „Grenzstreitigkeiten" ein, wo unbedingt festere Normen geschaffen werden müßten. Die Konkurrenz, die einzelne Organisationen, wie der Fabrikarbeiter- und der Transportarbeiter-Verband, uns mache, sei nachgerade zum groben Unfug ausgeartet. Kollege Rohrlack berührte noch die Maifeier, die Kartelle, Streikklausel, Submissionswesen, deren Wichtigkeit er des näheren darlegte. An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Kollege Passehl verwies auf den Beitrag, den der Deutsche Metallarbeiter-Verband an die Generalkommission zahle, wofür er denn auch billigerweise eine entsprechende Berücksichtigung eventuell durch seinen Vertreter in der Kommission fordern könne. Bezüglich des Zentralarbeitersekretariats befürwortete er warm dessen Beibehaltung im Interesse der unfallverletzten Kollegen. Zur Maifeier bemerkte er, daß diese in der heutigen Form nicht mehr beibehalten werden könne. Da die Arbeitsruhe in den kleinen Orten nicht durchführbar sei, veranlaßt durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, auch den demonstrativen Charakter nicht habe, müsse ein einheitlicher Zug hineingebracht werden. Er sei damit einverstanden, daß durch Abendveranstaltungen, Versammlungen, dem Zwecke genügt werde; die Verkürzung der Arbeitszeit erreichen die Gewerkschaften zunächst auch in anderer Weise. Nachdem Redner sich bezüglich der Grenzstreitigkeiten und der Wirksamkeit und Bedeutung der Kartelle geäußert, regte er noch an, der Vertreter möge beim Gewerkschaftskongreß die Regelung des Herbergswesens befürworten, das läge dringend im Interesse der wandernden Kollegen. Hier herrschten derartige Zustände, daß den Gewerkschaften empfohlen werden müsse, ein aufmerksames Auge auf Herbeiführung besserer Einrichtungen zu haben. In ähnlichem Sinne äußerten sich die Kollegen Asch, Happich, Massatsch bezüglich des Punktes Maifeier, während Kollege Reitz-Bromberg sich für Beibehaltung der Maifeier in jetziger Form erklärte, dabei auf den üblen Eindruck verweisend, den es machen müsse, wenn der große Deutsche Metallarbeiter-Verband entgegenstehende Beschlüsse fassen würde. Kollege Rohrlack ging in seinem Schlußwort auf die Anregungen in der Diskussion ein. — Als Delegierte zum Gewerkschaftskongreß wurden vorgeschlagen die Kollegen Rohrlack, Faber und Passehl. Kollege Rohrlack wurde mit 19 von 29 abgegebenen Stimmen gewählt.

Es wurden dann einstimmig folgende Anträge des Kollegen Asch-Königsberg angenommen und dem Hauptvorstand zur Erwägung überwiesen: 1. Die Anstellung eines besonderen Beamten, der sich zur Durchführung einer intensiven Agitations- und Organisationsarbeit in Orten mit besonders starker Metallindustrie dort längere Zeit abwechselnd aufhalten soll. 2. Durch eine besondere Vorlage soll sich der Hauptvorstand von der Generalversammlung das Recht geben lassen, für rückständige Bezirke besondere Mittel zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufwenden zu dürfen respektive Lohnbewegungen genehmigen zu können, auch wenn nicht die statutarischen Bedingungen in bezug auf die Zahl der Organisierten erfüllt sind. Damit war die Tagesordnung erledigt. — Die Konferenz wurde nach einem kernigen Schlußwort des Vorsitzenden, Kollegen Faber, mit einem begeisterten Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

II. Bezirk.

Bericht über die Konferenz in Breslau.

Die Konferenz fand am 8. Januar im Gewerkschaftshaus in Breslau statt. Vertreten waren 28 Orte durch 29 Delegierte. Ferner waren der Bezirksleiter Kollege Schlegel und vom Vorstand Kollege Reichel anwesend. Ins Bureau wurden Haback-Breslau und Stritzke-Hirschberg als Vorsitzende, Jäger-Freiburg und Köhler-Gassen als Schriftführer gewählt.

Über den ersten Punkt der Tagesordnung: „Die neuen Unterstützungen", referierte Kollege Reichel: Es würde sich in Leipzig nicht um prinzipielle Auseinandersetzungen über den Wert der Organisationen handeln. Die Vorlage des Hauptvorstandes solle eine Reform des ganzen Unterstützungswesens sein. Sie sei aus den Verhältnissen herausgewachsen. Die Vorlage enthalte zunächst die Bestimmung, daß das Reisegeld gekürzt werden solle. Das Wanderleben von heute habe seinen poetischen Reiz verloren, es berge schwere sittliche Gefahren in sich und dann erforderten die modernen Betriebs- und Verkehrsverhältnisse, daß Mitglieder, die nach einer anderen örtlich entfernteren Arbeitsstätte gerufen würden, möglichst schnell ihr Ziel erreichten, das heißt die Eisenbahn benutzten. Dementsprechend soll auf Verlangen an Stelle der Wanderunterstützung Entschädigung für die Bahnkosten gewährt werden. Andererseits sei notwendig, die Bezugsdauer bezüglich der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung zu verlängern. Redner erinnerte an die Verhältnisse in den großen Industriegegenden — Rheinland, Westfalen, Oberschlesien, Harz —, die erst der Organisation erschlossen werden müssen. Das Sterbegeld solle neu eingeführt werden. Die Abneigung der Frauen gegen die Organisation müsse überwunden werden. Zum Schlusse ging Redner auf die schweren Kämpfe und Opfer ein, die in Berlin in der Gelbmetallindustrie gebracht worden sind. Mit dem Ausbau der Organisation, des Bezirkssystems sowie der Verbandszeitung (Auflage 260000) hätten wir in einer kurzen Spanne Zeit so großes erreicht, daß wir darauf stolz sein könnten. Der Antrag Hirschberg auf Vornahme einer Urabstimmung über die Vorschläge des Hauptvorstandes sei überflüssig, weil er kaum durchführbar wäre. Man solle sich von dem Gedanken leiten lassen, alles zum Besten der Mitglieder zu tun.

Hanske-Breslau: Er könne sich mit allem einverstanden erklären, nur nicht mit der Reiseunterstützung. Diese sei mit 1 Mk. pro Tag zu niedrig bemessen und müsse deshalb erhöht werden; er ziehe dabei die Notlage vieler Kollegen in Betracht. — Arndt-Brieg schließt sich dem Vorredner an. Er verweise auf die traurigen Lohnverhältnisse in Brieg. Es würden Stundenlöhne von 20 Pf. und weniger bezahlt. Dadurch entstehe die Schmutzkonkurrenz. Unsere Aufgabe sei es, die Erwerbslosenunterstützung zu erhöhen. Er bitte, eine Resolution anzunehmen, die ein Klassensystem fordert. — Räbiger-Sorau: Die Frauen spielten eine große Rolle. Die Erwerbslosenunterstützung erscheine ihm recht reichlich bemessen. Die Erhebung größerer Beiträge in kleinen Städten gehe nicht an. — Stritzke-Hirschberg ist der Ansicht, daß wir höhere Beiträge erheben müssen, wenn wir unser Unterstützungswesen ausbauen wollen, der § 26 in der bisherigen Fassung biete nur Verschlimmerung. Es sei angebracht, die Reiseunterstützung herabzusetzen. In den Industriebezirken, die bereits genannt sind, würden wir mehr eindringen, wenn wir die Erwerbslosenunterstützung einführen. Wenn wir diese einführen, brauchten wir keine freie Hilfskasse. Er sei für den Antrag Hirschberg. — Gruschinsky-Grünberg: Es müsse bestimmt zum Ausdruck gebracht werden, daß die Unterstützung zu verlangen sei. Nachdem Redner über die freien Hilfskassen und die Reiseunterstützung gesprochen, erklärt er sich mit den Vorschlägen des Hauptvorstandes einverstanden. — Becker-Schweidnitz ist gleichfalls für diese Vorschläge. Er müsse sich aber gegen Stritzke wenden, der von faulen Köpfen gesprochen, die aus Übermut auf der Landstraße liegen. Die traurige Erwerbslosigkeit zeitige diese Erscheinung. — Titze-Altwasser trat für die Erwerblosenunterstützung ein und sprach sich lobend über das Hauskassiersystem aus. Er machte den Vorschlag, das Reisegeld nach der Dauer der Mitgliedschaft festzusetzen. Wenn höhere Beiträge erhoben werden, soll auch wenigstens etwas gutes geschaffen werden. — Köhler-Gassen: Er sei auch für Erhöhung der Beiträge, um die kleinen Organisationen zu stärken. Urabstimmung vorzunehmen sei unmöglich. — Titze-Neusalz: Es genüge vorläufig, wenn die Erwerblosenunterstützung auf 15 Wochen festgesetzt werde. — Schlegel: So weit er feststellen könne, seien fast alle für Erhöhung der Beiträge. Er erinnert daran, daß man jedesmal auf Widerstand gestoßen sei. Die Befürchtungen, daß die Mitgliederzahl zurückgehe, haben sich niemals erfüllt, als es sich darum handelte, die Beiträge von 15 auf 20, auf 25 Pf. u. s. w. zu erhöhen. Wir werden leider damit zu rechnen haben, daß die, die Löhne von 16, 17 Pf. u. s. w. beziehen, nicht in die Organisation hineinzubekommen sind. Wie wird Bresche gelegt werden können? Die Niedrigbezahlten müssen immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß sie selbst etwas für ihre Verbesserung tun müssen. Wenn man die Kürzung der Reiseunterstützung bemängle, so bemerke er, daß ja eine Ortsunterstützung bezahlt wird. Darin liege ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Wir werden und müssen auch ferner mit unserer Organisation in die industriellen Bezirke Oberschlesiens u. s. w. eindringen. Einer scharfen Kritik unterzog er die elenden Krankenkassenverhältnisse. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung wird viele Übelstände beseitigen. Die Kollegen in den Großstädten müßten dahin arbeiten, daß ein Ausgleich zwischen Stadt und Land stattfindet. — Hilbig-Hayman meint, die einzuführenden Unterstützungseinrichtungen stellten eine Reform dar. Aber die Organisationen in den großen Städten würden den Vorteil davon haben, die niedrigen Löhne in den kleinen Städten könnten uns nicht hindern, höhere Beiträge einzuführen. Die Arbeitsverhältnisse seien hier schlechter als im Westen. Was die Stellung der Frauen zur Organisation betreffe, so würde zugegeben werden, daß diese einen großen Einfluß ausüben. Das Reisegeld könne gekürzt werden. Die Urabstimmung sei überflüssig. — Neumann-Bunzlau: Die Erwerblosenunterstützung würde noch eine weitere Erhöhung der vorgeschlagenen Beiträge zur Folge haben. — Alter-Breslau: Die Vorlage könnten wir annehmen, sie wird uns vorwärts bringen. Die Umwandlung der Krankenunterstützung in eine Erwerblosenunterstützung begrüße er. Es würde nichts schaden, wenn wir die Bezugszeit auf fünf weitere Wochen verlangten, das würde nicht so viel ausmachen, als wenn wir die Karenzzeit kürzen würden. Die Reiseunterstützung hätte allerdings nicht gekürzt werden dürfen. — Kollege Reichel bemerkt im Schlußwort: Die Klassifizierung der Beiträge sei aus verwaltungstechnischen Gründen nicht möglich. In Dresden geschah die Ablehnung ebenfalls. Dem Vorschlag Hanske bezüglich der Erhöhung der Streikunterstützung könne nicht zugestimmt werden. Das würde eine Verschlechterung gegenüber der Vorlage des Hauptvorstandes bedeuten.

Der Antrag Hanske auf Erhöhung der Reiseunterstützung wurde abgelehnt, der der Verwaltung Gleiwitz, der sich mit den Vorschlägen des Hauptvorstandes einverstanden erklärt, einstimmig angenommen. Der Antrag Hirschberg auf Vornahme einer Urabstimmung über die Vorschläge des Hauptvorstandes wurde fast einstimmig abgelehnt.

Über den diesjährigen Gewerkschaftskongreß referierte der Bezirksleiter Schlegel: Dieser Kongreß würde sich mit der Frage der Arbeits- oder Arbeiterkammern, der Maifeier, des politischen Massenstreiks und der allgemeinen Agitation befassen müssen. Redner tritt für die paritätischen Arbeitskammern ein. An verschiedenen Beispielen zeigte er, wie wenig die Arbeiterkammern geeignet seien, den Interessen der Arbeiter zu dienen. Er würde es mit Freuden begrüßen, wenn der 1. Mai als Feiertag beseitigt würde. Es genüge, wenn wir am Abend oder am ersten Sonntag im Mai Demonstrationen veranstalten. In einer ganzen Reihe von Orten habe man von der Maifeier überhaupt nichts gehört. Der 1. Mai habe sich nicht eingebürgert. Erreicht hätten wir, soweit die Arbeitszeitverkürzung in Frage kommt, nichts. Der 1. Mai hat uns nur Geld, manchen, den besten vielfach, die Arbeit gekostet. Die Demonstrationen beim Zolltarif und der Zuchthausvorlage waren wirkungsvoller, als es die Feier am 1. Mai sein kann. Was den Generalstreik angehe, so halte Redner diesen für einen Generalunsinn. Die bisherigen sind fast stets unglücklich verlaufen. Der Gewerkschaftskongreß in Köln würde dafür sicher nicht zu haben sein. Mit den Grenzstreitigkeiten würde sich der Kongreß ebenfalls zu beschäftigen haben. Die Handels- und Transportarbeiter hätten zum Beispiel hier am Orte 150 Metallarbeiter in ihrer Organisation. Diese Zustände seien schuld, daß der Streik bei Kemna verloren ging. Redner erläutert dies des näheren. In Görlitz sei bei den Handels- und Transportarbeitern eine Sektion der Fabrikarbeiter gegründet worden. Der Kongreß wird sich darüber bestimmt zu erklären haben, daß alle die in der Metallindustrie beschäftigten Personen in unsere Organisation hineingehören. — Über die Wirkung des Zentralarbeitersekretariats wird sich der Kongreß auszulassen haben. Es könne wohl gesagt werden, daß es von segensreicher Bedeutung bis jetzt gewesen sei. Ein wichtiger Punkt würde die Frage der Agitation in den zurückgebliebenen Gegenden sein, wie die dort beschäftigten Personen der Organisation zugeführt werden können. — Es müssen dann bessere Bestimmungen getroffen werden, die den Zu- und Abgang von und zu einer anderen Organisation besser regeln.

Igler-Görlitz bemerkt, daß auch er nicht für die Maifeier in der heutigen Form sei, aber man dürfe sich nicht in Gegensatz zum Amsterdamer Kongreß stellen. Bezüglich der Grenzstreitigkeiten stehe er auf dem Standpunkt, daß, wenn er Schlegel auch im allgemeinen zustimme, es oftmals schwierig sei, die Grenze zwischen den einzelnen Organisationen zu ziehen. Er ersuche, den Kollegen Schlegel als Delegierten zu wählen. — Hanske kann nicht mit Schlegel in der Maifeierfrage einverstanden sein. Das Geld, das geopfert würde, ginge nicht verloren. Die Maifeier enthalte ein Stück Klassenkampf. Der Generalstreik sei eine Waffe, die wir vielleicht einmal anwenden müßten. — Stritzke-Hirschberg ist für die Beibehaltung der Maifeier in der heutigen Form. In der Frage der Grenzstreitigkeiten dürften wir nicht so scharf vorgehen. — Becker schloß sich in der Frage der Grenzstreitigkeiten dem Vorredner an. — Haback: Wir wollten nur, daß den anderen Verbänden untersagt würde, in den Betrieben unter unseren Verbandsangehörigen zu agitieren. Redner geht auf den Streik bei Kemna ein und legt den Sachverhalt dar. Von dem Kongreß dürfen wir in der Frage der Grenzstreitigkeiten nicht allzuviel erwarten. — Reichel meint, daß Schlegel in dieser Frage nicht zu scharf gesprochen habe. Es gebe eine Reihe Organisationen, die in Wirklichkeit dem Metallarbeiter-Verband unterstehen müßten. Er erklärt sich ferner gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai.

Als Delegierter zum Gewerkschaftskongreß wurde einstimmig Kollege Schlegel gewählt.

Über den Stand der Organisation und unsere nächsten Aufgaben betreffend Agitation sprach Schlegel: Die Mitgliederzahl betrage am Schlusse des dritten Quartals 4607 und wird wohl am Schlusse des vierten Quartals 5000 betragen. Gegen das Vorjahr bedeute das eine Zunahme von 1000 Mitgliedern. Die Arbeiten im Bezirk müssen mit einem anderen Maße als anderswo gemessen werden. Redner erklärt die Fluktuation der Mitglieder in den Organisationen, die „von der Kultur beleckt" nach dem Westen abströmen. So gehen die besten fort und es muß oft wieder von frischem angefangen werden. Diese Tatsache wirke lähmend auf die Arbeitsfreudigkeit. Unsere Aufgabe bestehe zunächst darin, die zurückgebliebenen Elemente aufzuklären. Wenn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden sollen, dann müßten die Kollegen darauf hinwirken, daß die Abwanderung verhindert werde. Mit dem Wachstum unserer Organisation dürften wir nicht zufrieden sein. Was die Kassenverhältnisse anbetreffe, so müsse diese an vielen Orten eine geregeltere werden. Das Hauskassiersystem wirke vorzüglich, es erfolge eine höhere Beitragsleistung und viele Kollegen bleiben der Organisation erhalten. Dann sei ein geordnetes Vertrauensmännersystem notwendig, das sich zum Beispiel über den Grad der Beschäftigung und die allgemeine Lage der Kollegen orientiert. Schlegel verbreitet sich dann über die vom Vorstand eingeleitete Aktion, die die Verhandlungen mit dem Verband der Metallindustriellen betrifft, der aber unter den nichtigsten Gründen friedliche Vereinbarungen abgelehnt hat. Wir müßten Toren sein, wenn wir dies Verhalten der Metallindustriellen nicht agitatorisch ausnützen wollten. — Fröhlich-Haynau erklärt sich für das Hauskassiersystem. Bei der Wahl solcher Personen müsse man aber vorsichtig sein. Er tritt dann warm für Errichtung von Bibliotheken ein.

Der Antrag Gleiwitz, einen besoldeten Geschäftsführer für Oberschlesien anzustellen, wurde nicht genügend unterstützt. Der Antrag Breslau, Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises, wurde von Haback begründet und von anderen Rednern befürwortet. Schlegel betonte, daß es sich hier nicht darum handle, endgültiges bezüglich des Arbeitsnachweises festzusetzen. Erst müßten die Erfahrungen abgewartet werden und je nachdem könne man an die Frage herantreten, ob und inwieweit es sich lohne, diesen Zweig auszubauen. — Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Zwei weitere Anträge von Breslau: „1. für den zweiten Bezirk wird ein Agitations- und Unterstützungsfonds beschlossen. Zu diesen Fonds hat jede Verwaltung pro Quartal und Mitglied mindestens 5 Pf. an die Gaukasse einzusenden, sowie 2. für Durchführung desselben werden die einzelnen Verwaltungen verpflichtet, einen monatlichen Extrabeitrag von 15 Pf. zu erheben," werden mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende Haback gab noch einen Überblick über die geleistete Arbeit. Darauf schloß er die Bezirkskonferenz mit einem Hoch auf den Metallarbeiter-Verband, in das die Delegierten lebhaft einstimmten.

Korrespondenzen.

Former.

Prenzlau. In der Eisengießerei und Maschinenfabrik von H. Hoffmann herrschen seit längerer Zeit recht große Mißstände, hauptsächlich in der Formerei, die größtenteils auf das Konto des Formermeisters Weise zurückzuführen sind. So wurde am Freitag den 13. Januar morgens ein Kollege vom Meister zum Herrn Direktor gerufen. Da wurde ihm erklärt, daß er vom Meister als Aufwiegler und Stänker bezeichnet sei und als solcher sofort die Gießerei zu verlassen habe. Es sei bemerkt, daß dieser Kollege gar nicht organisiert, sondern nur ein Mitglied des Fabrikausschusses war. Den Grund seines Vorgehens glaubte der Meister mit folgendem rechtfertigen zu können. Vor ein paar Tagen hatten zwei fremde Kollegen angefangen, die, weil es an der richtigen Einrichtung und an Werkzeug (Hammer) fehlte, mit dem Meister in Wortwechsel gerieten. Am Freitag morgen kamen wieder zwei Kollegen an, die auch Arbeit erhielten. Einer davon trat die Arbeit an, der andere ging wieder seiner Wege, weil er mit der Arbeit oder dem Preise dafür nicht einverstanden war. Meister Weise glaubte nun, daß die fremden Kollegen von den hiesigen beeinflußt wären, besonders von dem Kollegen, der dann als „Hetzer" die Fabrik verlassen mußte. Die dem Deutschen Metallarbeiter-Verband angehörenden Kollegen erklärten sich aber mit dem Kollegen solidarisch und verließen ebenfalls die Gießerei, während die dem Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein angehörenden ruhig weiterarbeiteten. Am Nachmittag feierten somit zehn Kollegen, die die Wiedereinstellung des Gemaßregelten verlangten, welches Verlangen auch am anderen Tage erfüllt wurde. Kollegen, hier habt ihr ein kleines Beispiel, wie leicht durch ein entschlossenes Vorgehen etwas erreicht werden kann. Vieles könnte noch abgeändert werden, wenn die Kollegen nur wollten. Die auswärtigen Kollegen möchten wir ersuchen, die Fabrik von H. Hoffmann so lange zu meiden, bis es uns gelungen ist, überhaupt bessere Zustände herbeizuführen.

Gold- und Silberarbeiter.

Pforzheim. Nun liegen die Satzungen des Arbeitgeber-Verbandes für Pforzheim und Umgebung vor. Wir wollen nicht verfehlen, unseren Kollegen einige Bestimmungen dieser „Musterarbeit" des Pforzheimer Handelskammerpräsidenten zur Kenntnis zu bringen. In der Hauptsache ist das Statut dem des Metallindustriellen-Verbandes nachgebildet. § 4 Abs. 1 lautet: „Der Verband verfolgt den Zweck, die auf Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter gerichteten Bestrebungen seiner Mitglieder zu unterstützen; 2. unberechtigte Bestrebungen der Arbeitnehmer, welche darauf gerichtet sind, die Arbeitsbedingungen einseitig vorzuschreiben und insbesondere die zu diesem Zwecke geplanten Ausstände gemeinsam abzuwehren und in ihren Folgen unschädlich zu machen." Das ist der reine Hohn! Hat schon jemand gehört, daß ein Arbeitgeber einen Streik für berechtigt erklärte? Auch davon wissen wir nichts, daß es in Pforzheim Arbeitgeber gibt, die die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern trachten. § 5 lautet: „Zur Erreichung dieses Zweckes verpflichten sich die Mitglieder: 1. Die unverschuldet in Not geratenen Arbeiter mit Rat und Tat zu unterstützen." Dies hört sich doch wieder schön an und wollen wir gleich eine solche Tat festnageln. Bei der Firma Lutz & Weiß war ein Arbeiter 19 Jahre lang beschäftigt, der Mann wurde alt, konnte nicht mehr mit den jungen Kräften mitkommen. Er wurde entlassen und ihm der Rat gegeben, er möge sich an die Invalidenversicherung wenden. So geschehen im Dezember 1904. § 5 Abs. 3: „Den untenstehenden, unter a bis e aufgeführten Arbeitern keine Beschäftigung zu gewähren, bevor der Vorstand seine Einwilligung erteilt hat: a) Arbeitern, welche wegen aufhetzender Umtriebe entlassen werden mußten, b) welche kontraktbrüchig werden, c) welche sich an einem in dem Betrieb eines Mitglieds entstehenden Ausstand beteiligen, während der Dauer des Ausstandes, d) welche sich eines Diebstahls oder eines Verrats von Betriebsgeheimnissen schuldig machen, e) welche von ihrer letzten Stelle kein ordnungsmäßiges Zeugnis vorlegen können. — Ist seitens eines Mitglieds die Beschäftigung irrtümlich erfolgt, so sind die letzteren auf Reklamation des Vorstandes sofort zu entlassen beziehungsweise zu kündigen. Die Namen der unter 3a bis e aufgeführten Personen sind dem Vorstand alsbald zur Kenntnis zu bringen, welcher dieselben sofort nach Prüfung der Sachlage sämtlichen Mitgliedern mitzuteilen hat." Also schwarze Listen wollen die „Herren" einführen; überhaupt weht aus diesen Bestimmungen der Geist Stumms. — § 7: „Der Vorstand hat nach eingehender Prüfung des Falles zu entscheiden, ob derselbe zur Unterhandlung mit den Arbeitern geeignet ist; bejahendenfalls sind zur Schiedsgerichtssitzung sechs Vorstandsmitglieder und sechs Arbeiter des betreffenden Betriebs einzuladen. Von diesen sechs Arbeiterbeisitzern bestimmen die Arbeiter und der Inhaber des betreffenden Geschäftes je drei. Außerhalb des Betriebs stehende Personen sind von der Teilnahme an den Verhandlungen auszuschließen." Also eine „ideale" Zusammensetzung des Schiedsgerichtes, sechs Vorstandsmitglieder des Arbeitgeberverbandes, drei Arbeiterbeisitzer von den Arbeitern und drei von dem betreffenden Arbeitgeber ernannte. Und diese Herren verlangen, die Arbeiter sollen ihre (der Unternehmer) Organisation anerkennen, während von vornherein gesagt wird, die Vertreter der Organisation der Arbeiter seien ausgeschlossen. Zu Leuten, die eine derartige Bestimmung in ihre Satzungen aufnehmen, sollen die Arbeiter Vertrauen haben. Für so dumm hält man die Pforzheimer Arbeiter noch, daß man glaubt, sie würden sich einem solchen Schiedsgericht unterwerfen. — § 9: „Gegen die Beschlüsse des Schiedsgerichtes steht den Beteiligten die Berufung an die Generalversammlung (des Arbeitgeber-Verbandes) innerhalb acht Tagen zu." Das ist doch das höchste, was sich die Herren hier leisten, sie muten den Arbeitern zu, Berufung an die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes zu richten. Die wichtigsten Bestimmungen haben wir

herausgegriffen. Wir sind überzeugt, daß, wenn bisher die Organisation noch keine großen Fortschritte in Pforzheim gemacht hat, wir, mit den Satzungen des Arbeitgeber-Verbandes als Agitationsmittel ausgerüstet, ohne allen Zweifel Fortschritte machen werden. Viel besser würde es sein, wenn der Arbeitgeber-Verband seinen Einfluß und seine Kraft dazu verwenden würde, die Schmutzkonkurrenz zu beseitigen und die Arbeitszeit zu regeln, denn auf die Verhältnisse der „Edelmetallbranche" brauchen die Arbeitgeber Pforzheims nicht stolz zu sein. Wohl keine Industriestadt Deutschlands weist so elende Verhältnisse auf als gerade Pforzheim. Diese Verhältnisse sollen durch den Arbeitgeber-Verband auf die Dauer aufrecht erhalten werden. Wir aber, ihr Herren, denen euer Handeln nur zu klar ist, wir werden nicht ablassen, bis die Arbeiterschaft von Pforzheim den Wert der gewerkschaftlichen Organisation erkannt hat, dann wollen wir sehen, ob wir euren Stolz und Übermut nicht brechen können.

Metallarbeiter.

Gleiwitz. In der Mitgliederversammlung am 15. Januar erstattete der Bezirksleiter, Kollege Schlegel, Bericht über die Bezirkskonferenz in Breslau. In längeren Ausführungen schilderte er die Vorlage des Hauptvorstandes über den Ausbau des Unterstützungswesens. Die Versammelten waren erfreut zu hören, daß unser Antrag 1 einstimmig angenommen wurde. Denn wir in Oberschlesien betrachten die Einführung der Erwerbslosenunterstützung und des Sterbegeldes für die hiesigen Verhältnisse als bestes Agitationsmittel. Was unsern Antrag 2, die Anstellung eines besoldeten Geschäftsführers in Oberschlesien betrifft, protestierte die Versammlung ganz energisch, daß dieser Antrag auf der Konferenz so wenig Unterstützung fand. Oberschlesien wird in allen Gewerkschaftszeitungen bemängelt, daß hier die Organisation so schlechten Fortschritt mache. Von Gleiwitz ist schon öfters die Anstellung eines besoldeten Beamten für Oberschlesien angeregt worden, aber der Vorstand hat immer noch keine Mittel und Wege gefunden, hier Abhilfe zu schaffen. Und doch ist gerade hier in Oberschlesien ein so großes Arbeitsfeld für uns, wo Tausende und Abertausende von Metallarbeitern beschäftigt sind. In Gleiwitz allein kommen gegen 7000 Metallarbeiter in Betracht. Was käme es denn darauf an, daß, wo die Bezirksleiter zusammen über 50000 Mk. das Jahr verbrauchen, dazu noch 1 bis 2000 Mk. mehr verausgabt würden. Man könnte dann aber auch die Früchte sehen, die die Anstellung eines Beamten bringen würde. Die Kosten seiner Besoldung kämen vielfach wieder heraus. Das wissen wir ganz gewiß, da wir die hiesigen Verhältnisse doch am besten kennen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die Mitgliederversammlung nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Bezirkskonferenz. Sie ist mit den Ausführungen des Gauleiters Schlegel in bezug auf den Ausbau des Verbandes durch die Erwerbslosenunterstützung voll und ganz einverstanden. Dabei aber protestiert sie ganz energisch, daß unser zweiter Antrag auf der Konferenz nicht genügend unterstützt wurde. Sie erwartet aber nun vom Verband, daß für Oberschlesien von jetzt mehr getan wird als bisher."

Hannover. Die Erfolge des Streiks bei der Firma Wohlenberg. Was eine gute Organisation der Arbeiterschaft nutzen kann, hat sich wieder zur Genüge durch den Streik bei der Firma Wohlenberg gezeigt. Gutwillig gibt ja das Unternehmertum heute keinen Pfennig Lohnerhöhung. Aber schon mancher Unternehmer hat zu seinem Schaden einsehen müssen, daß es auch für ihn besser ist, sich mit einer gut organisierten Arbeiterschaft auf friedlichem Wege zu verständigen, als es bei jeder Kleinigkeit zum äußersten kommen zu lassen. An Differenzen hat es in diesem Betrieb im letzten Jahre nicht gemangelt, besonders nicht in der Gießerei. Daß es bei dem ablehnenden Standpunkt der Firma gegenüber allen Vorstellungen der Arbeiter einmal zum Brechen kommen mußte, war jedem Einsichtigen klar. Schon im vorigen Frühjahr hatten die Schlosser, Dreher und Maschinenarbeiter der Firma ihr Forderungen unterbreitet, konnten sie aber wegen des eingetretenen schlechten Geschäftsganges nicht durchdrücken. Außerdem haperte es auch noch teilweise mit der Organisation. Doch wurde dieses im letzten Sommer nachgeholt, so daß die Arbeiter der Fabrik jetzt fast vollständig organisiert sind. Als sich vor Wochen die Konjunktur besserte, unterbreiteten die Arbeiter der Firma wieder ihre alten Forderungen. Dieselben lauteten im wesentlichen: Fortfall der Prozentabzüge, Fortfall der Maschinenvergütung und ihr Umrechnen in Lohn, Regulierung der Akkordsätze, Zuschlag für Überstunden und Sonntagsarbeit. Es bestand nämlich ein Prozentabzug, der um so höher stieg, je größer die in Bestellung gegebene Stückzahl war und zwischen 5 bis 20 Prozent schwankte. Ferner erhielten die Maschinenarbeiter für jede Maschine eine wöchentliche Extravergütung zum Lohne, die aber sehr willkürlich festgesetzt wurde, außerdem bei schlechtem Geschäftsgang ganz in Wegfall kam. Der Kommission wurde versprochen, die Forderungen zu prüfen und für Abhilfe zu sorgen. Später wurde mitgeteilt, daß die Prozentabzüge in Zukunft bis zu 10 Stück wegfallen sollten. Die Maschinenvergütung wurde reguliert, aber in der Weise, daß einige Arbeiter wohl einen und zwei Pfennige Lohn mehr erhielten, durch den Fortfall oder die Kürzung der Maschinenzulage aber nun weniger verdienten wie früher. Betreffs der Überstunden wurde bekannt gemacht, daß diese nicht als Überstunden zu betrachten seien, sondern als Ersatzstunden für die ausfallenden Feiertage. Natürlich weigerten sich die Arbeiter, diese Ersatzstunden zu machen. Dazwischen kam nun der Konflikt mit den Formern. Während des Formerstreiks wurden zwei Schlosser ohne jeglichen Grund entlassen, und es kam Guß in die Werkstelle, der von dem Formermeister hergestellt war. Darauf stellten die übrigen Arbeiter ebenfalls die Arbeit ein. Schon am Tage darauf äußerte der Betriebsleiter, daß er jetzt gewillt sei, eine Kommission der Arbeiter zu empfangen. Die Arbeiter erklärten sich hierzu bereit unter der Bedingung, daß ein Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes zugezogen würde. Diesem Verlangen wurde von der Firma schließlich Rechnung getragen und wurde mit der Betriebsleitung folgendes vereinbart: 1. Der Prozentabzug fällt in Zukunft ganz fort. 2. Wenn Modelle geändert werden, sollen die Preise durchgesehen und eventuell reguliert werden. 3. Für die Maschinenarbeiter wird die Maschinenvergütung in Lohn umgerechnet, derart, daß für Arbeiter, welche längere Zeit an der Maschine tätig sind, ein Stundenlohn von 35 bis 40 Pf. bezahlt wird. 4. Hilfsarbeiter werden mit 30 Pf. eingestellt, bei längerer Beschäftigung erhalten dieselben Zulage. 5. Schlosser, welche in der Fabrik gelernt haben, erhalten nach halbjährlicher Beschäftigung als Geselle 30 Pf. Mindestlohn. 6. Für Überstunden wird ein Zuschlag von 20 Prozent, für Sonntagsarbeit 40 Prozent bezahlt. 7. Die beiden Entlassungen werden zurückgenommen. Maßregelungen dürfen nicht vorgenommen werden. 8. Es wird ein Arbeiterausschuß gewählt, welcher Beschwerden der Arbeiter mit der Firma zu regeln hat. Die Amtsdauer desselben währt ein Jahr und hat jedes Jahr eine Neuwahl stattzufinden. — Mit den Formern wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt: Die beabsichtigten Abzüge für Flicken kommen in Wegfall. Aller Guß, der sich beim Bearbeiten in der Werkstatt als Ausschuß herausstellt, wird nicht bezahlt, wenn er weniger als einen Tag Formarbeit erfordert. Wenn er aber länger als einen Tag Formarbeit erfordert, wird dem Former für diese längere Zeit Taglohn bezahlt und zwar an Former bis 20 Jahren pro Tag 3 Mk., bis 24 Jahren pro Tag 3,50 Mk., über 24 Jahre pro Tag 4 Mk. Für die Putzer wird eine Lohntabelle ausgearbeitet und den Putzern zugestellt. Die Former dürfen sich mittags in der Putzerei aufhalten. Für Sitzplätze und Heizung wird Sorge getragen. Diese Maßnahme wurde getroffen, weil der vorhandene Speisesaal nicht für alle Arbeiter ausreicht. Hoffentlich wird der jetzt geschlossene Friede längere Zeit anhalten.

Iserlohn. Am 8. Januar wurde hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abgehalten mit der Tagesordnung: „Die infamen Verdächtigungen des Iserlohner Anzeiger gegen die Führer der letzten Aussperrung und wie stellt sich die Iserlohner Arbeiterschaft hierzu?" Als Referenten waren die Kollegen Spiegel-Düsseldorf und Müller-Hagen erschienen. Den Grund zur Versammlung gab ein Artikel des genannten ultramontanen Blättchens, der folgendermaßen lautete: „Man schreibt uns: Der hierorts sehr bekannte Kapitalhaifisch Joh. Otto Müller', seit zirka einem Jahre Konsumverwalter in Hagen, ist nunmehr selber unter die Kapitalisten und Aktionäre gegangen. Wie bestimmt verlautet, soll Müller an dem Ankauf des Hagener Volkshauses sich mit einem Aktienkapital von 2000 Mk. beteiligt haben. Merkwürdig ist es überhaupt, daß Verschiedene seit dem letzten Iserlohner Massenstreik so sparsam und unternehmungslustig geworden sind, daß sie sich entweder mit Kapital an industriellen Unternehmungen beteiligt oder gar Aktienbesitz erwerben können. Die Dummen und Geprellten bleiben immer die Nachläufer." Nach der Bureauwahl erhielt zunächst der Kollege Müller das Wort. Nachdem er die Organisationsverhältnisse erläutert und nachgewiesen hatte, daß trotz der vielen Kämpfe, die die Organisationen zu führen hatten, sie immer mehr erstarkten, kam er auf den Ankauf des Hagener Volkshauses zu sprechen. Es erübrigt sich wohl, auf diese Ausführungen des näheren einzugehen, nur soviel, daß sie vollauf das beweisen, was für jeden klar denkenden Menschen selbstverständlich war, nämlich, daß sich das genannte Blättchen wieder eine Lüge erlaubt hatte, wie es bei den Vertretern für „Wahrheit, Freiheit und Recht" üblich ist. Redner schloß mit der Aufforderung, immer mehr im Interesse des Verbandes tätig zu sein, damit dieser blühe und gedeihe. Dann nahm der Kollege Spiegel das Wort. Auch dieser brandmarkte in kurzen aber treffenden Worten die gänzliche Verlogenheit dieser christlichen Preßbanditen. Redner erläuterte dann den Unterschied der „christlichen" und der freien Gewerkschaften. Wenn die Arbeiterschaft glaube, von den „Christlichen" ihr Heil erwarten zu können, dann täuschten sie sich gewaltig, denn die letzten Jahre haben wieder zur Genüge bewiesen, daß diese eher alles als Arbeitervertreter seien. Habe man doch im verflossenen Jahre sogar in ihren Reihen den Streikbrecherdienst organisiert. Dann kam Redner auf die verflossene Aussperrung in Iserlohn zu sprechen. Der Metallarbeiter-Verband habe vor der breitesten Öffentlichkeit Rechnung abgelegt. Jeder einzelne Posten könne noch nach Jahren zweifach bewiesen werden. Bei den „Christlichen" sei dieses aber nicht der Fall. Habe sich doch der Führer der „Christlichen" (Laus-Siegen) von dem „Oberchristen" Brust, also seinem Partei- und Gesinnungsgenossen, vorwerfen lassen müssen, er habe von der Iserlohner Aussperrung noch keine Abrechnung geliefert. Dann kam Redner noch in kurzen Worten auf die Stadtverordnetenwahl vom November 1904 zurück. Da haben sämtliche hiesigen Blätter in einer Annonce behauptet, daß die Sozialdemokratie es gewesen sei, die im Jahre 1903 das furchtbare Unglück über die Stadt gebracht hätte. Da sei von „hergelaufenen Hetzern" gesprochen worden. Für jeden ehrlich denkenden Menschen aber sei es klar, daß nicht diese es gewesen seien, sondern das Unternehmertum habe die Arbeiterschaft am Vorabend des „Festes der Versöhnung" brutal aufs Pflaster geworfen. Es würde immer von Fehlern gesprochen, die von den Führern während der Aussperrung gemacht worden seien. Er gebe zu, daß etliche gemacht worden seien. Der größte Fehler aber sei der gewesen, daß man aus „gutmütiger Dummheit" und Menschenliebe auch die Nichtorganisierten unterstützt habe. Ein solcher Fehler würde bei einem späteren Kampfe allerdings nicht mehr passieren. Redner schloß mit einem warmen Appell an die Anwesenden, unermüdlich für die Ausdehnung des Metallarbeiter-Verbandes zu agitieren, dann würde sich das Unternehmertum hüten, noch einmal eine Aussperrung zu inszenieren. In der Diskussion versuchten der Reihe nach die Sprecher der „Christlichen" (Hammerschmidt, Beckmann und Mähr) die Ausführungen der Referenten zu entkräften. Aber alle, ganz besonders der letztere, verfielen dem Fluche der Lächerlichkeit. Auf den Kernpunkt der Sache einzugehen, hatte keiner den Mut. Ebenso wagte keiner, den Iserlohner Anzeiger in Schutz zu nehmen. Nur einer meinte, derselbe werde sich schon „rechtfertigen". Auch ein Herr Lange aus Dortmund, ein Hirsch-Dunckerscher, tadelte in scharfen Worten den Hetzartikel des genannten Blattes. Es habe hierzu keine Veranlassung vorgelegen. Anstatt sich gegenseitig zu bekämpfen, sollte man lieber zusammen halten und durch gemeinsames Vorgehen dem Unternehmertum bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen abzwingen, denn gutwillig würden letztere doch nichts hergeben. Ohne einige Harmoniedusseleien ging es natürlich bei Lange nicht ab. Auf etliche persönliche Anzapfungen reagierten noch die Kollegen Hoffmann, Gundlach, Pirner und Richter. Dann führten die Kollegen Spiegel und Müller in ihrem Schlußwort noch aus, daß die heutige Versammlung (es waren zirka 350 bis 400 Personen anwesend) beweise, daß es mit der Arbeiterorganisation doch noch nicht, wie es die hiesigen Blätter immer behaupteten, abwärts, sondern aufwärts gehe. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die heute am 8. Januar 1905 im Lokal des Herrn Lange tagende öffentliche Versammlung der Metallarbeiter Iserlohns, spricht dem Iserlohner Anzeiger für seine schmutzige Handlungsweise, die Führer der letzten Aussperrung in ganz gemeiner Weise zu verdächtigen, ihre tiefste Verachtung aus. Die Versammlung verspricht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß dieses Blatt, das die Arbeiterinteressen geradzu mit Füßen tritt, aus den Arbeiterkreisen verschwindet und an seiner Stelle (in diesem Falle die Freie Presse. Anmerkung des Berichterstatters) die Arbeiterpresse eingeführt wird. Die Versammlung verspricht ferner, durch Stärkung der Organisation, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, dafür zu sorgen, daß derartigen Blättern für immer das Handwerk gelegt wird." Folgender von Kollege Hoffmann gestellter Zusatzantrag wurde nach kurzer Diskussion mit großer Majorität angenommen: „Die Versammlung beauftragt das Bureau, den Kollegen Müller zu veranlassen, Strafantrag gegen den Redakteur des Iserlohner Anzeigers, Schäfers-Letmathe, zu stellen, um durch eine Probe aufs Exempel ihm das elende Verleumderhandwerk zu legen." Selbst einzelne anwesende „Christliche" stimmten für die Resolution. Dann wurde die gut verlaufene Versammlung vom Kollegen Giesen mit einem Hoch auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

Karlsruhe. Zu dem Bericht in Nr. 1 der Metallarbeiter-Zeitung über die Versammlung der Arbeiter der Gesellschaft für elektrische Industrie ist nachzutragen, daß der in dem erwähnten Anschlag gesuchte Verbreiter der böswilligen Lüge (20 Prozent Lohn- oder Akkordabzug) in Gestalt des Meisters D. gefunden ist. Wer nun aber glaubt, daß diesen Herrn die Strafe trifft, wie sie einen andern getroffen hätte, der ist gewaltig im Irrtum. Vor der Direktion leugnete der gute Mann es einfach, etwas derartiges gesagt zu haben, er hat auch einen so lautenden Revers unterschrieben. Er scheute sich jedoch nicht, bei der Direktion zu erklären, daß er einem Arbeiter 13 Prozent abgezogen habe, weil dieser fortwährend auf den Abort gelaufen sei oder in der Werkstatt Dummheiten mache. Die Kollegen sind jedoch anderer Meinung, sie schildern diesen Kollegen als einen stillen und fleißigen Arbeiter. Gerade gegenüber diesem Kollegen hat der betreffende Meister die Redensart über den 20prozentigen Abzug gemacht. Der Kollege ist bereit, sobald Meister D. wieder leugnen sollte, alles wörtlich vor der Direktion zu wiederholen. Dieser Meister ist im Abziehen sehr groß. Einem andern Arbeiter hat er für eine Maschine, für die es früher 10,50 Mk. gab, nur 8,50 Mk. bezahlt. Die Abzüge von 20 Prozent kommen, wenn auch nicht auf einmal, so doch nach und nach. Was die Behandlung der Kollegen durch diesen Meister D. betrifft, so spottet sie aller Beschreibung. Von einem Manne, der seine Gesinnung wechselt wie ein Hemd, kann man ja eigentlich nichts anderes erwarten, auch mit seinen Ehrenwörtern geht er, wie aus obigem ersichtlich, sehr leichtfertig um. In letzter Zeit wurden auch verschiedene Entlassungen vorgenommen, man suchte sich da Leute heraus, die schon 5 und 6 Jahre im Betrieb waren. Allerdings, die jüngeren sind nicht organisiert, sie sind leichter für das Prämiensystem zu haben als die älteren. Dem Arbeiterausschuß sucht man jetzt auf eine andere Art etwas am Zeug zu flicken, indem von allen Meistern gegen ihn eine planmäßige Hetze eingeleitet wird.

Kassel. In der am 8. Januar im Gewerkschaftshaus abgehaltenen, sehr gut besuchten Versammlung referierte unser Bezirksleiter, Kollege Ehrler aus Frankfurt, über den Ausbau unserer Unterstützungseinrichtungen. Der Referent führte der Versammlung in längerer Rede die Entstehung und Entwicklung des Unterstützungswesens im Metallarbeiter-Verband vor Augen und suchte den Kollegen klar zu machen, welche Vorteile der Antrag des Vorstandes gegenüber der jetzigen Unterstützungseinrichtung biete. Namentlich sei es die Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung (Krankenunterstützung) und die Zahlung eines Sterbegeldes. Diesen Vorteilen gegenüber sei eine Erhöhung des Wochenbeitrags um 10 Pf. nicht zu hoch. Unsere Agitation werde durch die Erweiterung des Unterstützungswesens erleichtert. Gegenüber den Befürchtungen, durch die Erweiterung der Unterstützungseinrichtungen werde der Verband seinen Charakter als Kampfesorganisation verlieren, führte Redner aus, daß dies keineswegs der Fall sei; die Statistik über Streiks und Aussperrungen in der Metallbranche in den letzten Jahren beweise das. In der Diskussion äußerten sich die Kollegen bis auf einen im Sinne des Referenten. Dieser Kollege hatte die Befürchtung, daß die Kollegen den Beitrag nicht aufbringen könnten und daß auch die dem Verband noch Fernstehenden dadurch abgeschreckt würden. In seinem Schlußwort erwiderte Kollege Ehrler, es würde schlecht um die Metallarbeiter bestellt sein, wenn sie nicht mehr imstande wären, wöchentlich 50 Pf. für ihre eigenen Interessen aufzubringen. Der Verband habe noch mit jeder Erweiterung der Leistungen und gleichzeitiger Beitragserhöhung Fortschritte gemacht. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute am 8. Januar auf dem Bunten Bock tagende, sehr gut besuchte Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Ehrler in bezug auf den Ausbau unseres Verbandes vollständig einverstanden, und ersucht unseren Bezirksleiter, Kollege Ehrler, und die beiden heute zu wählenden Delegierten zur Bezirkskonferenz, dahin zu wirken, daß die Vorlage des Vorstandes auf der nächsten Generalversammlung zur Durchführung gelangt."

Nürnberg. In der am 16. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung der allgemeinen Verwaltungsstelle berichtete Kollege Umrath über die Regensburger Bezirkskonferenz. Zum Schlusse seiner Ausführungen, die in referierendem Sinne gehalten waren, bemerkte der Referent, daß er bei der Wahl des Delegierten zum Gewerkschaftskongreß sich der Abstimmung enthalten habe. Er sei der Ansicht, daß diese Wahl von den Mitgliedern vorgenommen werden müsse, und zwar erst dann, wenn die Tagesordnung des Kongresses bekannt sei, damit die Mitglieder, wie auch der oder die Kandidaten zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen könnten. Bei dem jetzigen Modus laufe man Gefahr, daß der Bezirk durch einen Delegierten vertreten werde, der auf dem Kongreß nicht die Meinung der Mitglieder seines Bezirkes vertritt. Durch solche Wahlen wie die jetzige würde auch das Interesse an dem Gewerkschaftskongreß herabgemindert. Eine diesbezügliche Erklärung habe er auch auf der Konferenz abgegeben. — An diese Ausführungen knüpfte sich eine lebhafte Diskussion. Mit Ausnahme des Kollegen Hassel wandten sich alle Redner in mehr oder minder scharfer Weise gegen den Modus der indirekten Wahl. Es wurde bedauert, daß auf diesem Kongreß der Deutsche Metallarbeiter-Verband nur durch seine Beamten vertreten ist. So sehr man auch die Erfahrungen der Beamten schätze, so sei es doch ein Fehler, wenn ausschließlich Beamte delegiert werden, da diese infolge ihrer Berufstätigkeit auch eine gewisse Einseitigkeit besitzen. Eine Anzahl Redner meinten auch, daß die Konferenzen nur einberufen seien, damit der Vorstand seine Vorlage durchdrücke. Es wäre wichtiger gewesen, auf den Konferenzen die industrielle Lage in den einzelnen Bezirken zu besprechen. Der Vorstand habe seine Vorlage so vorzüglich begründet, daß auch die Referenten auf den Konferenzen es nicht besser machen könnten. Jede Verwaltungsstelle habe die Möglichkeit, diese Fragen durchzuberaten, gründlicher als es auf den Konferenzen geschehen könne. Auf diese Weise bliebe auch der Vorstand von dem Vorwurf verschont, als treibe er Stimmungsmache. Die Versammlung nahm dann folgende von Tuttnauer eingebrachte Resolution an: „Die am 16. Januar abgehaltene Mitgliederversammlung der allgemeinen Verwaltungsstelle Nürnberg protestiert auf das entschiedenste gegen die Art und Weise, wie die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongreß vorgenommen würde. Die Versammlung spricht ihrem Vertreter auf der Regensburger Konferenz ihr Vertrauen insbesondere dafür aus, daß er gegen diese Wahl Stellung nahm."

Potsdam. Unsere Mitgliederversammlung am 7. Januar beschäftigte sich eingehend mit dem Bericht von der Konferenz des dritten Bezirkes. Die Mitglieder finden es unbegreiflich, daß die Gaukommission nicht aus Mitgliedern des dritten Bezirkes gebildet werden kann, sondern, daß es Berliner sein müssen. Sollte es unbedingt nötig sein, daß die Gaukommission sich an dem Orte der Bezirksleitung befindet, so wäre es doch jedenfalls richtiger, daß der Sitz des Bezirksleiters nach einer Provinzstadt verlegt würde. Oder muß der Bezirksleiter unter dem Kommando der Berliner stehen? Wir hoffen, daß sich unser neuer Bezirksleiter öfter bei uns wird sehen lassen als sein Vorgänger, Kollege Ad. Cohen, denn wir haben nicht Gelegenheit gehabt, letzteren in den anderthalb Jahren, wo er den Bezirk vertreten hat, kennen zu lernen. Erstaunt sind ferner die hiesigen Mitglieder über die Ansicht des Kollegen Schlicke, die er zu dem Antrag auf Urabstimmung entwickelte. Wenn Kollege Schlicke meint, die Wahlen zur letzten Generalversammlung waren schon im gewissen Sinne Urabstimmungen, so können wir ihm nicht beipflichten, denn wir kleinen Verwaltungsstellen haben nicht Gelegenheit, den Delegierten zur Generalversammlung kennen zu lernen. Wir sind der Ansicht, daß es überhaupt ein demokratischer Grundsatz ist, bei einer wichtigen Vorlage auch einmal die sämtlichen Mitglieder entscheiden zu lassen. Zum Schlusse mißbilligte die Versammlung die Art und Weise, wie kurz die verschiedenen Anträge behandelt wurden. Etwas mehr Zeit und Beachtung durften sie doch beanspruchen.

Ückermünde. In der am 8. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte der Bezirksleiter Kollege Rohrlack über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, die er in verständlicher Weise erläuterte. In der Diskussion sprachen sich die Redner dafür aus. Den Vorschlägen des Vorstandes wurde von der Versammlung einhellig zugestimmt. — Nach vieler Mühe ist es uns endlich gelungen, eine Verwaltungsstelle zu errichten. Aufgabe der hiesigen Kollegen ist es, unsere Mitgliederzahl durch fleißige Agitation zu vermehren.

Wilhelmsburg. In der Mitgliederversammlung am 14. Januar stand neben der Quartals- und Jahresabrechnung auf der Tagesordnung: Übertritt zur Hamburger Ortsverwaltung. Der Bevollmächtigte verlas die Bedingungen, die an den Anschluß geknüpft sind. Kollege Wegner begründete in kurzen Worten den Antrag der Ortsverwaltung. Es entspann sich hierüber eine sehr lebhafte Debatte, an der die Kollegen Dräger, Keilwitz und Alex teilnahmen. Die Versammlung entschied sich mit übergroßer Majorität für den Anschluß.

Rundschau.

Zum Bergarbeiterstreik.

Die Sammlungen zur Unterstützung der streikenden Bergleute sind von den deutschen Gewerkschaften und von der sozialdemokratischen Partei in umfassendster Weise eingeleitet worden. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei, die Generalkommission der Gewerkschaften, die Zentralvorstände der Gewerkschaften und die Gewerkschaftskartelle fordern zu Sammlungen auf. Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hat 50000 Mk. aus der Hauptkasse bewilligt, der Vorstand des Holzarbeiter-Verbandes 25000 Mk., der Maurer-Verband spendet jede Woche 20000 Mk., die Berliner Gewerkschaftskommission sandte 10000 Mk., das Leipziger Gewerkschaftskartell 5000 Mk., die sozialdemokratische Partei Leipzigs 3000 Mk. Die Hamburger Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bewilligte 5000 Mk. und erhebt während der Dauer des Bergarbeiterstreiks wöchentlich eine Extrabeitrag von 30 Pf.; die Fürstenwalder und Stuttgarter Verwaltungsstellen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erheben den doppelten Beitrag von 40 Pf., letztere überwies dem Hauptkassier sofort 1000 Mk. aus der Lokalkasse. Die Mannheimer Verwaltungsstelle hat beschlossen, daß jedes Mitglied 3 Mk. zu steuern hat, die mit 10 Marken à 30 Pf. quittiert

werden. Die erste Sammelquittung des Kassiers der sozialdemokratischen Partei im Vorwärts vom 21. Januar weist bereits 31473,90 Mk., darunter 25000 Mk. aus der Hauptkasse der Partei, die erste Sammelquittung der Berliner Gewerkschaftskommission im Vorwärts vom 22. Januar 7878,85 Mk. aus.

Wir fordern unsere Kollegen wiederholt auf, alles was in ihren Kräften steht, zur Unterstützung der Bergarbeiter zu tun.

Reichstag.

17. bis 21. Januar. Der Reichstag beschäftigte sich an den zwei letzten Tagen der Woche mit dem Bergarbeiterstreik, worüber an anderer Stelle des Blattes berichtet wird. Von den übrigen Vorgängen im Reichstag ist vor allem der scharfe Konflikt der Regierung mit der Volksvertretung über das Budgetrecht hervorzuheben, der zurzeit in der Budgetkommission ausgefochten wird. Der Kolonialkrieg in Südwestafrika hat die Regierung des Grafen Bülow zu Maßnahmen veranlaßt, die den Anschein erwecken können, als ob die Hereros in den Reichsämtern gehaust hätten! Millionen auf Millionen sind ohne Genehmigung des Parlamentes ausgegeben worden, auch für Zwecke, die mit der Bekämpfung des Aufstandes in keinem Zusammenhang stehen. Es wird darüber im Plenum sicherlich noch zu scharfen Zusammenstößen kommen. — Einige kleinere Etats (Reichsschatzamt, Reichspost, Reichseisenbahnamt) sind inzwischen in zweiter Lesung fertiggestellt worden. Aber an eine rechtzeitige Erledigung des ganzen Etatgesetzes ist nicht zu denken. Graf Bülow hatte eben vergessen, das Parlament rechtzeitig zu berufen!

Hirsch-Dunckersches.

Der Gewerkverein widmet in Nummer 3 seine Sorgfalt dem Metallarbeiter-Verband, um sich dabei wieder zu blamieren. Er folgert, daß die Fluktuation im Metallarbeiter-Verband zum Teil darin liege, „daß die Mitglieder, die vorher zwangsweise in die Organisation hineingepreßt sind, ihr wieder den Rücken kehren, wenn sie dieses Zwanges ledig geworden sind.“ Das ist zwar von gewerkvereinlicher Seite schon öfters behauptet worden, allein es trifft auf diese Behauptung nur das bekannte Gleichnis vom Splitter und Balken zu. Der Gewerkverein braucht aber nicht in die Ferne schweifen, er möge nur einmal die Fluktuation im Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter mit der im Metallarbeiter-Verband vergleichen. Nr. 15 des Regulator vom Jahre 1904 liefert ihm dazu das Material. Danach sind diesem Gewerkverein im Jahre 1903 12414 Mitglieder beigetreten. Den Beitritten stehen 9684 Austritte gegenüber, so daß die Zunahme nur **2730** beträgt. Beitritte und Austritte verhalten sich zueinander wie **21,99** zu **78,01** Prozent. Der Metallarbeiter-Verband hatte im Jahre 1903 100841 Aufnahmen, davon verblieben **31293** gleich **31** Prozent, die Ausgetretenen repräsentieren **69** Prozent. Beim Gewerkverein sind danach über **9** Prozent der Beigetretenen mehr ausgeschieden als beim Metallarbeiter-Verband. Die effektive Zunahme der Mitgliederzahl in Prozenten ausgedrückt war beim Gewerkverein **6,77**, beim Deutschen Metallarbeiter-Verband **24,28**!

Vielleicht sagt uns nun der Gewerkverein, worin die Ursache der Fluktuation im Gewerkverein zu suchen ist, die um so bedenklicher erscheint, weil dieser zirka 25000 Mitglieder hat, die auch noch seiner eingeschriebenen Hilfskasse angehören. Der Gewerkverein möge daher mit seiner Weisheit zu Hause bleiben. Welches Freudengeheul würde aber das Organ des Herrn Goldschmidt wohl anschlagen, wenn die gesamten Gewerkvereine nur einmal in einem Jahre 100000 Aufnahmen machten und davon „nur“ 30000 als Zuwachs behalten würden?

Kleine Gernegroße.

Nach berühmten Mustern versendet der neugebackene Arbeitgeberverband für das Klempner- und Installateurgewerbe in den Stadt- und Landkreisen Hannover und Linden einen Aufruf, dem wir folgende Blüten einer geplagten Arbeitgeberphantasie entnehmen:

„Ein jeder, der die Arbeiterbewegungen der letzten Jahrzehnte miterlebte, der diese immer wiederkehrenden Streiks, die systematische Verhetzung der Arbeiter durch gewissenlose Agitatoren mit ansah — ganz abgesehen von den kolossalen Kapitalien, welche durch die unseligen Streiks auf beiden Seiten total verloren gingen —, mußte sich sagen, daß früher oder später eine Gegenbewegung eintreten müsse.

Dieser von vielen ersehnte Zeitpunkt ist da. Allerorten sehen wir die Arbeitgeber sich zusammenscharen zur Gründung von Verbänden. Verbände schließen sich an Verbände, so ein machtvolles Ganzes bildend, um dem weiteren Vordringen der Arbeiterschaft ein energisches „Halt“ zu gebieten.

Zu einem Kriege gehört jedoch Geld, Geld und abermals Geld. Die Arbeiter erreichten alle ihren Erfolg bei Streiks und Boykottierungen nur durch ausreichende Unterstützung der Beteiligten, wozu die Gesamtheit die Mittel aufbrachte. Man sah jeden Arbeiter bereit, sogar erhebliche Opfer zu bringen. Daraus folgt notwendig, daß auch von seiten der Arbeitgeber in Zeiten der Ruhe größere Kapitalien angesammelt werden müssen, damit für den Ernstfall sofort genügende Barmittel vorhanden sind, um die ersten Ausgaben decken zu können.

Auch für unser Gewerbe ist durch das energische Vorgehen einiger Kollegen ein Arbeitgeber-Verband für die Stadt- und Landkreise Hannover und Linden ins Leben gerufen, welcher bereits eine stattliche Mitgliederzahl aufweist. Da wir in absehbarer Zeit wieder vor die Entscheidung gestellt werden, ob wir neue Forderungen bewilligen oder ablehnen, **ob wir uns nochmals beugen oder widerstehen wollen,** so ist es dringende Ehrenpflicht jedes Kollegen, dem neugegründeten Verband nicht nur beizutreten, sondern auch nach besten Kräften für die Ausbreitung desselben einzutreten.

Unterzeichnet ist dieses Schriftstück:

Hochachtend

H. Majunke, 1. Vorsitzender. L. Rosenstock, 2. Vorsitzender.
W. Lutz, 1. Schriftführer. H. Engelhard, 2. Schriftführer.
E. Kluckhuhn, Kassierer. J. Maaß, Beisitzer.“

Die glänzend verlaufene Lohnbewegung im Jahre 1903 muß einigen der Herren Meister noch mächtig in den Gliedern liegen. Interessant ist, daß einer der Unterzeichner in früheren Jahren, als er noch einen klaren Blick hatte, selbst als Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes ein „gewissenloser Agitator“ gewesen ist und heute die „systematische Verhetzung“ der Arbeitgeber mit Feuereifer betreibt. Der Mann hat heute gut „hetzen“, wo für ihn nicht viel auf dem Spiele steht. Mit dem Aufruf ist uns auch ein Statut des Arbeitgeber-Verbandes zugegangen. Aus demselben heben wir hervor, daß der Zweck des Verbandes in der Anzettelung von Aussperrungen besteht, denn bei Konventionalstrafe soll jeder verpflichtet sein, auf Beschluß der Generalversammlung seine Arbeiter unverzüglich auszusperren. Aber auch die Sorge für Streikbrecher liegt den Koryphäen des Klempnergewerbes am Herzen, denn § 18 heißt:

„Um unnötige Härten zu vermeiden, kann Arbeitnehmern, die nachweislich sich von allen Streikbewegungen fernhalten und solche auch nicht mit Geldbeiträgen unterstützen, auf Antrag ihres Arbeitgebers auf Beschluß des Vorstandes das Weiterarbeiten gestattet werden, doch hat der Arbeitnehmer auf einem vom Verband zu liefernden gedruckten Formular eine dahingehende Erklärung an den Verband schriftlich abzugeben.“

Nun, der Deutsche Metallarbeiter-Verband wird dafür sorgen, daß der Arbeitgeber-Verband mit solchen Knechtsseelen sich nicht abzumühen braucht.

Wegen Übertretung des preußischen Vereinsgesetzes

hatten sich vor dem Schöffengericht zu Haspe der Former Joseph Rügenberg von Haspe, der Bezirksleiter R. Wallbrecht von Düsseldorf und der Wirt H. Weber von Haspe zu verantworten. Die Übertretung sollte dadurch begangen worden sein, daß die Angeklagten am 25. Oktober vorigen Jahres eine Versammlung veranstalteten, in der öffentliche Angelegenheiten erörtert worden seien, ohne daß 24 Stunden vorher der Ortspolizeibehörde Anzeige erstattet worden war. Rügenberg habe sie einberufen und geleitet, Wallbrecht darin gesprochen und Weber habe dazu das Lokal hergegeben. Es handelte sich um eine Werkstattbesprechung der bei der Firma Ferd. Wittmann Nachfolger beschäftigten Arbeiter, um Stellung zu den zwischen den Arbeitern und der Firma ausgebrochenen Differenzen zu nehmen. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung, da die Beweisaufnahme ergab, daß in der Versammlung, zu welcher nur Arbeiter der Wittmannschen Fabrik Zutritt hatten, nur spezielle Angelegenheiten der betreffenden Arbeiter erörtert worden sind und, wie in der Begründung des Urteils hervorgehoben wurde, Werkstattbesprechungen, zu welcher nur ein bestimmt abgegrenzter Personenkreis Zutritt hat, und nur diesen angehende Fragen erörtert werden, einer polizeilichen Anmeldung nicht bedürfen. Der Vertreter der Anklagebehörde (nebenbei Polizeikommissär von Haspe) glaubte schon darin eine öffentliche Angelegenheit erblicken zu müssen, daß Vertreter der für die Arbeiter in Frage kommenden Organisation an der Besprechung teilnahmen, und wenn die Arbeiter einer Fabrik ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse bessern wollen, so sind das für den Ankläger ebenfalls öffentliche Angelegenheiten. Das Gericht hatte jedoch für diese Auffassung kein Verständnis.

Vom Ausland.

England.

Amalgamated Engineers Monthly Journal, das Organ des britischen Maschinenbauer-Verbandes, ist mit dem Eintritt in das neue Jahr einer gründlichen Änderung unterzogen worden. Ursache dazu ist das Bestreben, die Zeitschrift, die nicht, wie es bei unserm Verbandsorgan der Fall ist, sämtlichen Mitgliedern gratis geliefert wird, sondern abonniert werden muß, weiteren Kreisen zugänglich zu machen. Die bisherige Auflage betrug 26000 bei einer Mitgliederzahl von über 96000. Zu diesem Zwecke ist aus der in den ersten Tagen des Januar erschienenen Nr. 1 des neuen Jahrgangs der bisher übliche geschäftliche Teil vollständig weggelassen. Es soll in Zukunft mehr für die volkswirtschaftliche, politische und technische Ausbildung der Leser getan werden. Für die Bearbeitung einer regelmäßigen monatlichen Rundschau ist Mr. A. E. Fletcher gewonnen. Wie Mr. Barnes, der Generalsekretär unserer britischen Bruderorganisation, in einem Schreiben sagt, das in dem neuesten Vierteljahrsbericht der General Federation of Trade Unions veröffentlicht ist, soll in ökonomischer Hinsicht der sozialistische Standpunkt vertreten werden. Das ist für unsere britischen Kollegen sehr notwendig, denn auf diesem Gebiet fehlt es noch manchem sehr an Aufklärung, wie zahlreiche in den früheren Jahrgängen veröffentlichte recht konfuse Beiträge beweisen.

Recht unglücklich eingeleitet ist aber diese neue Ära durch eine Zuschrift des englischen Auchsozialisten Alfred Russell Wallace. Dieser alte Herr verlangt nichts geringeres, als daß in Zukunft an Stelle des Kampfes gegen das nunmehr auch stark organisierte Unternehmertum — der industrielle Wettbewerb treten solle. Der Verband solle seine Gelder verwenden, um die Betriebe der bankerott gegangenen Unternehmen aufzukaufen, sie mit den zurzeit unbeschäftigten Verbandsmitgliedern zu besetzen und weiter zu betreiben. Dies soll zur Folge haben, daß es in wenigen Jahren kein einziges arbeitsloses Verbandsmitglied gibt, und daß die Löhne dann schon ganz von selber steigen. Wir wollen wünschen, daß in Zukunft den Lesern des Journals besseres geboten wird, denn sonst wären sie zu bedauern.

Weitere und glücklicherweise vernünftigere Beiträge sind von den englischen Sozialisten R. B. Cunninghame Graham und R. Blatchford geliefert worden. Mr. W. Evans, einer der bisherigen ständigen Mitarbeiter aus Arbeiterkreisen, richtet einen warmen Appell an seine Kollegen, sich nicht mehr von den Tit Bits, Answers, Comic cuts und anderen englischen Wurstblättern die Gehirne verkleistern zu lassen. Hoffentlich halten die folgenden Nummern das, was in der ersten Nummer versprochen worden ist.

Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter

(E. H. 29 Hamburg).

Bekanntmachung.

Nach § 33 Abs. 2 des Statuts wird die Jahresabrechnung nur gegen Bezahlung von 5 Pf. abgegeben. Um die Auflage feststellen zu können, ersuchen wir die Ortsverwaltungen, baldmöglichst ihren Bedarf bestellen zu wollen, spätestens bei Einsendung der Abrechnung für Januar-Februar. Außer den Pflichtexemplaren für die Ortsverwaltungen erfolgt der Versand nur auf Bestellung. —

In bezug auf die beiden Versammlungsberichte aus München sehen wir uns zu der Erklärung genötigt, daß es bisher nicht zu den Gepflogenheiten des Vorstandes gehörte, sich mit den Ortsverwaltungen über Verwaltungsangelegenheiten in der Zeitung herumzustreiten; er ist lediglich der Generalversammlung und der Aufsichtsbehörde für seine Tätigkeit verantwortlich und wird diese Verantwortung selbstverständlich auch jederzeit übernehmen. Im übrigen bildet der Ausschuß das Vertrauensorgan für die Mitglieder, welches Beschwerden über den Vorstand zu regeln hat, nicht aber eine beliebige Mitgliederversammlung. Wir begnügen uns deshalb mit der Erklärung, daß in beiden Berichten eine Reihe bewußter Unwahrheiten sowie Verdrehungen der Tatsachen enthalten sind, die sich nur aus der maßlosen Gehässigkeit erklären lassen, die aus beiden Berichten hervorleuchtet, die aber auch jedem Unbefangenen die Überzeugung beibringen muß, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um verletzte kleinliche Eitelkeit handelt, sondern, daß es für den Vorstand gilt, die ihm übertragene Autorität, ohne welche er sein verantwortungsvolles Amt überhaupt nicht verwalten kann, gegen gänzlich unberechtigte und verletzende Angriffe zu schützen. Da trotz der zuletzt veröffentlichten Resolution die Reihe der in streitiger Sache in München einberufenen Versammlungen noch nicht beendet sein dürfte, so mag diese Erklärung auch zugleich für die ferneren Berichte gelten; der Vorstand wird also auch auf weitere Berichte nicht erwidern. —

Sollten die Mitglieder Detl. Carstens, Nr. 149468, und J. Brohamer, Nr. 113857, in irgend einer Filiale sich anmelden oder bereits gemeldet sein, so ersuchen wir, uns sofort Mitteilung davon zu machen, auf keinen Fall aber Krankengeld an dieselben zu zahlen.

Hamburg, den 21. Januar 1905.

Mit Gruß Der Vorstand.

Abrechnung der Hauptkasse pro Dezember 1904.

Einnahmen:

Kassenbestand vom November Mk. 1406013,31. Von: Aachen 150. Altenburg 200. Altheikendorf 130. Altwasser 50. Amberg 100. Ammendorf-Radewell 50. Annen 300. Ansbach 200. Aplerbeck 100. Aschaffenburg 150. Barmen 250. Barop 100. Bayreuth 70. Bergen i. B. 100. Berlin I 300. Berlin II 1000. Berlin III 800. Berlin VI 500. Bischheim 200. Bitterfeld 80. Böckingen 200. Brandenburg 200. Bremen 100. Bremerhaven 400. Brühl 100. Buschhütten 50. Busendorf 100. Charlottenburg 300. Chemnitz 250. Cöthen 75. Coswig 150. Cronenberg 100. Delligsen 100. Delstern 400. Dietrichsdorf 300. Dinkelsbühl 82. Dinslaken 100. Döhren 100. Dorp 200. Dorp-Grünewald 100. Dresden-Altstadt 600. Dresden-Pieschen 500. Dresden-Striesen 100. Driesen 50. Durlach 500. Edenkoben 50. Eilpe 400. Eiringhausen 100. Eisingen 23,26. Erlangen 120. Essen 200. Faurndau 100. Feuerbach 50. Flensburg 400. Forst i. B. 60. Friedrichsberg b. B. 100. Friedrichshagen 100. Friedrichsort 350. Gaggenau 400. Geestemünde 100. Glatz 74,35. Gleiberg 93,32. Gotha 100. Gräfenhausen 70. Groß-Zschachwitz 300. Grötzingen 100. Grünwinkel 100. Hagsfeld 100. Hamburg-Rothenburgsort 100. Haynau 50. Heerdt 100. Heidenau 100. Herbede 130. Herne 100. Höhenberg 200. Hörde 400. Holzen 70. Holzheim b. N. 80. Itter 50. Itzehoe 100. Kaan 180. Kaitz 50. Kirchheim u. T. 60. Konstanz 100. Krefeld 100. Kupferdreh 50. Lechhausen 300. Lehe 150. Leipzig-Süd 100. Liblar 60. Linden 400. List 200. Ludwigsburg 100. Ludwigshafen-Mundenheim 150. Mainz 200. Matsch 100. Mannheim-Lindenhof 300. Mannheim-Neckar-Vorstadt 300. Markranstädt 50. Meerane 36,15. Meißen 200. Menden 100. Meschenich 75. Mühlburg 300. Mühlheim a. M. 100. Mühlhof 50. Mülheim a. Rh. 200. Neheim 110. Neue-Neustadt-Magdeburg 300. Nieder-Schönweide 150. Nürnberg 800. Oberpesterwitz 120. Ölde 90. Ohle 75. Oschersleben 40. Osterholz-Scharmbeck 60. Pforzheim 600. Plagwitz 600. Potschappel 200. Potsdam 200. Prenzlau 50. Quedlinburg 350. Rabenau 100. Radeberg 150. Rath 150. Reinickendorf-Ost 150. Reutlingen 150. Rirdorf 400. Rölsdorf 75. Rostock 100. Rüsselsheim 200. Schmiedeberg 180. Schönebeck 100. Schöneberg 200. Schöningen 75. Schwabach 100. Schwerte 300. Selbecke 150. Siegburg 200. Siegen II 150. Sieghütte 100. Sonnborn 50. Steele 60. Thale a. H. 300. Ulm a. d. D. 60. Unterliederbach 50. Unter-Meiderich 400. Velbert 100. Vingst 200. Wahlershausen 100. Wehringhausen 400. Weingarten a. R. 40. Weißenfels 50. Weißhaus 200. Westerhusen 125. Wilhelmsburg 42,96. Wilhelmshaven 300. Witten 700. Zweibrücken 60. Beiträge 1347,70. Abgeordnetensteuer —,40. Von Berufsgenossenschaften für: W. Kremer-Wiesbaden 10,40; S. Clemens-Stuttgart-Stöckach 57,30; H. Giesen-Gernsbach 73,50; J. John-Wildau 37,40; M. Cunjan-Reinickendorf-Ost 61,42; W. Sieberg-Hörde 23,40; M. Weber-Kalk 140,80; E. Göldner-Pieschen 66,10; St. Morawitz-Rösrath 51,30; F. Kaprolat-Hattingen 30,81; A. Marzetz-Spandau 61,97; Th. Schäfer-Niederrad 116,02; F. Weinberger-Rothenburg a. T. 50,—; E. Schmidt-Charlottenburg 84,60; P. Eicke-Berlin IV 19,14. Zinsen 21056,86. Sonstige Einnahmen 79,18. Summa Mk. 1458564,57.

Ausgaben:

Nach: Adlershof 75. Altendorf I 100. Altendorf II 200. Bamberg 70. Bayenthal 150. Betzdorf 100. Bromberg 200. Bulach-Beiertheim 100. Cassel 300. Cöln-Nippes 100. Danzig 80. Dessau 200. Deutz 300. Diemitz 80. Dinkelsbühl 100. Dortmund 450. Dresden-Löbtau 350. Dürwiß 30. Eller 150. Erfurt 100. Finsterwalde 50. Gablenz 78. Gießen 420. Gleiwitz 150. Gummersbach 150. Hagen 100. Heilbronn 200. Heumar-Rath 200. Hiesfeld 100. Höchberg 150. Jauer 50. Jena 30. Kalk 400. Kirchditmold 50. Kirchlinde 150. Kleefeld 50. Kötzschenbroda 50. Lausach 60. Leipzig-Eutritzsch 200. Lindenthal 100. Loschwitz 100. Ludwigshafen 100. Lübeck 160. Mainaschaff 100. Marburg 80. Merscheid 100. Metz 100. Mörsch b. F. 150. Montigny 220. Mülheim a. d. Ruhr 50. Niederrad 200. Obercassel 100. Oberhausen I 150. Oberrad 300. Pforta 50. Randersacker 100. Rastatt 200. Ratibor 100. Regensburg 200. Rodenkirchen 200. Rothenditmoid 100. Roxheim 70. Schalke 200. Schweidnitz 100. Sterrrade 200. Striegau 60. Sudenburg 200. Sürth 50. Unterbach 50. Untergrombach 120. Urberach 150. Wald 100. Wehlheiden 70. Weiden i. B. 100. Werdau 120. Wildau 150. Wiltenberg 100. Krankengeld I. Klasse 464,20. Krankengeld II. Klasse 284,38. Krankengeld III. Klasse 114,40. Gehälter und Vergütungen an die Hauptverwaltung 2508,45. An den Ausschuß Vergütung und Portoauslagen 130,34. Gehalt an den Vorsitzenden der Revisionskommission 100. Wohnungszulage an denselben 50. Drucksachen 500. Buchbinderarbeiten 1012,15. Klempnerarbeiten 70,10. Bureaumiete 250. Anwaltskosten 68,64. Porto, Pack- und Schreibmaterial u. s. w. 671,49. Summa Mk. 16957,15.

Bilanz:

Einnahmen	Mk. 1458364,57
Ausgaben	„ 16957,15
Kassenbestand	Mk. 1441407,42.

E. Untenuth, Hauptkassierer.

Briefkasten.

J. C., Mülheim a. Rh. Für die zweite Woche des Dezember.

P., Wolgast. Wir ersuchen, das genaue Datum jeder Versammlung auf dem Formular anzugeben.

S., Solingen und andere. Desgleichen.

H. H., Elmshorn. § 21 Abs. 5 des Statuts findet Anwendung.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

(In allen Versammlungen werden Mitglieder aufgen.)

Aachen (Allg.). Samstag, 4. Febr., abends 9 Uhr, im Restaurant St. Martin, Alexanderstraße.

Altona (Allg.). Dienstag, 14. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Christiansen.

Altötting. Samstag, 28. Jan., abds. 8 Uhr, im Gasth. zu den 12 Aposteln.

Altwasser. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Riedel, Freiburgerstr.

Amberg. Sonntag, 5. Febr., vorm. halb 10 Uhr, im Rest. „Auf der Alm“.

Ansbach. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Hirsch“, Kanalstraße.

Aschaffenburg. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Bayerischen Hof“, Löherstr. 8.

Aue: Beierfeld. Samstag, 4. Febr., abends 9 Uhr, in Landgraf's Rest.

Aue: Lößnitz. Samstag, 4. Febr., abends 9 Uhr, in Epperleins Rest.

Augsburg. Samstag, 4. Februar, abends 8 Uhr, im „Drei König“.

Bamberg (Alg.). Samstag, 4. Febr., abends 8 Uhr, in d. „Martinsbrücke“.

Bant-Wilhelmshaven (Klempner). Samstag, 4. Febr., abends 8 Uhr, in der „Germaniahalle“ in Bant.

Bayreuth. Samstag, 4. Febr., abds. 8 Uhr, bei Georg Schmidt, zum „Kreuz“, Nr. 13.

Berndorf. Samstag, 28. Jan., abds. 8 Uhr, bei Karl Annage, Steinstr. 2/4.

Bochum (Heizungsmonteure). Sonntag, 5. Febr., vorm. 11 Uhr, bei Fiege, Bahnhofstraße.

Bochum. Bez. Hattingen-Linden. Sonntag, 5. Febr., vormittags 11 Uhr, bei Witwe Siegert (Germaniasaal) in Hattingen.

Bonn a. Rh. Samstag, 4. Febr., abds. 9 Uhr, bei Faßbender, Kasernenstr.

Bremen (Allg.) Dienstag, 7. Febr., abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Hankenstr. 21/22.

Bruchsal. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gasthof z. Einhorn.

Bunzlau. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, zu den „drei Kronen“.

Coburg. Sonntag, 5. Febr., vorm. halb 10 Uhr, in der „Himmelsleiter“.

Colmar i. E. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gold. Adler.

Crimmitschau i. S. Samstag, 4. Febr., abends 8 Uhr, in der Zentral-Herberge.

Delmenhorst. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Waschtau.

Dessau. Samstag, 4. Febr., abends 8 Uhr, im Burgkeller, Amalienstr.

Dortmund (Allg.). Samstag, 4. Febr., abds. halb 9 Uhr bei Steinmann, 1. Kampstr. 73.

Dortmund (Heizungsmonteure). Sonntag, 5. Febr., vormittags halb 11 Uhr, bei Stammen, 1. Kampstr. 39.

Dülken. Sonntag, 29. Jan., nachm. 5 Uhr, bei Fr. Seidel, Süchtelerstr.

Emden. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im Bellevue, Bahnhofstr.

Erfurt (Allg.). Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Tivoli“.

Essen-Bergerhausen. Mittwoch, 1. Febr., abends 7 Uhr, bei Kallenberg in Bergerhausen.

Finsterwalde. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gesellschaftshaus Raundorf.

Flensburg (Allg.) Dienstag, 31. Jan., abends halb 9 Uhr, im „Mühlenpavillon“.

Flensburg (Klempner). Dienstag, 7. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Mühlenpavillon“.

Frankfurt a. Main-Bockenheim. Bezirk Bockenheim. Samstag, 4. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Adler“, Frankfurterstr. 53.

— Bezirk Griesheim. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Nassauer Hof“.

Freiberg i. S. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Hadamovsky.

Gelsenkirchen. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Gerh. Kamps, Elisabethplatz (Germannsplatz).

Gevelsberg. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Richard Hakenberg.

Glauchau. Samstag, 28. Jan., abds. halb 9 Uhr, im „Weißen Roß“, Zahlabend.

Greifswald. Samstag, 28. Jan., abends halb 9 Uhr, bei A. Wudke, Langestraße 83, Zahlabend.

Güstrow. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wiese, Grünerwinkel.

Haan. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Ramus, Düsseldorferstraße.

Hall. Schwäb. Samstag, 28. Jan., abends 8 Uhr, in der „Germania“.

Hamburg (Feinmechaniker, Elektromonteure u. chirurgische Branche). Samstag, 4. Febr., abends 9 Uhr, i. Holsteinischen Hause, Kohlhöfen 16.

Hamm. Freitag, 3. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Winkler, Königstr. 34.

Haynau. Samstag, 4. Febr., abds. halb 9 Uhr, bei Heinrich, Friedrichstr.

Heidelberg. Samstag, 4. Februar, abends halb 9 Uhr, im „Goldenen Römer", Hauptstr. 41.
Herne i. W. Samstag, 28. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Gieperts, zur „Börse" am Altmarkt.
Hirschberg. Samstag, 4. Februar, abends halb 9 Uhr, in der Andreasschänke zu Cunnersdorf.
Kaiserslautern. Samstag, 4. Febr., abds. halb 9 Uhr, z. Burg, Steinstr. 20.
Kalk. Dienstag, 31. Jan., abends 9 Uhr, bei N. Rick, Viktoriastr. 70.
Kiel. (Klempner). Dienstag 31. Jan., abends halb 9 Uhr, in den „Zentralhallen", Alte Reihe 8.
Leer (Ostfriesl.). Sonntag, 4. Febr., nachmittags 5 Uhr, bei Sauthoff.
Lindau. Samstag, 4. Febr., abends 8 Uhr, im „Engelgarten".
Lippstadt. Samstag, 28. Jan., abends halb 9 Uhr, bei Rehfus im „Nordstern", Kappelstr. 13.
Lüdenscheid. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Rüggeberg, Grabenstraße.
Merseburg a. S. Sonntag, 5. Febr., vorm. 11 Uhr, in der „Funkenburg".
Minden. Samstag, 4. Febr., abends 8 Uhr, in der „Zentralhalle", Ritterstraße 18.
Neckargartach. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Karl Richter.
Neumünster. Freitag, 27. Jan., abds. halb 9 Uhr, b. Kellermann, Plönerstr.
Neu-Ruppin. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, in Schröders Gesellschaftshaus, Gartenstr. 2.
Neuwied a. Rh. Samstag, 4. Febr., abends 9 Uhr, bei Chiapprini, Schloßstr. 72.
Nordhausen. Samstag, 4. Febr., abends 8 Uhr, im „Hirsch".
Offenbach a. M. Montag, 30. Jan., abds. halb 9 Uhr, i. Saalbau, Austr. 9.
Oggersheim. Samstag, 4. Februar, abends halb 9 Uhr, zur „Pfalz".
Oschersleben. Samstag, 4. Febr., abends 9 Uhr, bei Schrader, zum „Fürst Bismarck".
Pforzheim. Samstag, 4. Febr., abds. halb 9 Uhr, im „Tivoli".
Potsdam. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Ladenthien.
Radolfzell. Samstag, 4. Februar, abends 8 Uhr, im „Schützen".
Rastatt. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Eisernen Kreuz".
Remscheid (Feilenschleifer). Sonntag, 5. Februar, vorm. 10 Uhr, bei von Dorf, Rosenhügel.
Rendsburg. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Neuen Welt", Grünestr. 2.
Reutlingen. Samstag, 4. Febr., abds. 8 Uhr, bei J. Link, Rathausstraße.
Roßwein. Mittwoch, 1. Febr., abends halb 9 Uhr, in der „Wettinhöhe".
Saalfeld a. S. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, in Emmermanns Gasthaus, Inh. Karl Schaller.
Sangerhausen. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Deutschen Kaiser".
Schleswig. Samstag, 28. Januar, abends halb 9 Uhr, bei Paulsen, Domziegelhof.
Schwerte a. Rh. Sonntag, 5. Febr., bei Rößner, Helpothstraße.
Schwiebus. Samstag, 4. Febr., abds. 8 Uhr, bei Gondolatsch, Mühlenstr.
Singen a. H. Samstag, 4. Febr., abends 8 Uhr, in der „Germania".
Staßfurt. Samstag, 28. Januar, abends halb 9 Uhr, bei Wießener.
Stettin (1. Bezirk). Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Habek, Kronprinzenstr. 14.
Stettin (2. Bezirk). Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Schmidt, Politzerstr. 70.
Stettin (3. Bezirk). Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Teltzerow, Gustav-Adolfstraße 22a.
Straubing. Samstag, 4. Februar, abends 8 Uhr, in der Brauerei Weidemann.
Thale. Samstag, 28. Jan., abends 8 Uhr, zur „Grünen Tanne".
Tuttlingen. Samstag, 4. Febr., abds. ½9 Uhr, i. Gold. Adler, Jägerhofstr.
Velbert. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Otting, Tonhalle.
Viersen. Sonntag, 5. Febr., vorm. 11 Uhr, b. G. v. Wickeln, Remigiusstr.
Vingst. Samstag, 4. Febr., abends 9 Uhr, im Gasthaus „Zum Heßhof".
Wald. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus „Germania", Kaiserstraße.
Weimar. Samstag, 4. Februar, abends halb 9 Uhr, in Kochs Restaurant, Breitenstraße.
Wiesbaden (Allg.). Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Kleinen Reichstag", Hermannstr. 1.
Wismar. Donnerstag, 2. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Schmidt, zum „Arbeiterheim".
Wittenberg. Samstag, 11. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wilhelm Freudenberg, Jüdenstraße 29.
Zeitz. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wiebe, Gartenstr.
Zerbst. Samstag, 4. Febr., abends halb 9 Uhr, im „Schwarzen Bär".
Zeulenroda. Mittwoch, 1. Febr., abends halb 9 Uhr, zur „Buche".
Zittau. Samstag, 28. Jan., abends halb 9 Uhr, im „Kaisersaal" in Olbersdorf.
Zuffenhausen. Samstag, 4. Febr., abends ½9 Uhr, i. Kirchtal b. J. Haist.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Berlin. Vertrauensleutekonferenzen.
Osten. Mittwoch, 1. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Kienitz, Gr. Frankfurterstraße 133.
— Westen. Mittwoch, 1. Februar, abends halb 9 Uhr, bei Kumke, Bülowstr. 59.
— Norden. Mittwoch, 1. Febr., abends halb 9 Uhr, bei Wilke, Brunnenstr. 188.
Eßlingen. Alle Unterstützungen werden jetzt bei Robert Kind, Strohstraße 32, 2 Tr., von 11 bis 1 und von 4 bis 6 Uhr ausbezahlt.

Zentralarbeitsnachweis der Feilenarbeiter

Stuttgart, Rötestraße 16B.

Die Arbeitsvermittlung erfolgt für Arbeiter u. Arbeitgeber unentgeltlich.

Gestorben.

Wiesbaden. Em. Kühn, Installateur, 45 Jahre, Nierenkrankheit.
Zweibrücken. Karl Geiger, Hilfsarbeiter, Rippenfell- und Lungenentzündung.

Jeder Arbeiter, Jeder Handwerker sollte zur Arbeit

die Lederhose **Herkules** tragen. Allein-Verkauf. Sehr starkes Leder in praktischen grauen u. braunen Streifen, auch einfarbig. Am Bund aus einem Stück gearbeitet. Sehr feste Kappnähte. Haltbarste Pilot-Taschen. Große Flicken umsonst. Die Hose

bei Entnahme von 6 Stück 26 Mk. **4 Mk. 50**

Jünglingshosen entsprechend billiger
Echtblaues Monteur-Jackett 1 M. 90
Echtblaue Monteur-Hose . . 1 M. 50
Echtblaues Monteur-Jackett Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 50
Echtblaue Monteur-Hose Prima Köper-Gewebe . . 2 M. 10
Manchester-Hose 9,—.5,50.4,50.3 M. 50
Gefüttert. Manchest.-Jackett 13,—. 8,75
Maler-Kittel (crême) 3,—. 2,50. 2 M. 25
Mechaniker-Kittel (braun) 3,—. 2 M. 40
Kesselreiniger-Anzüge, blau . 5 M. 50
Die Preise gelten für normale Größen.

Baer Sohn

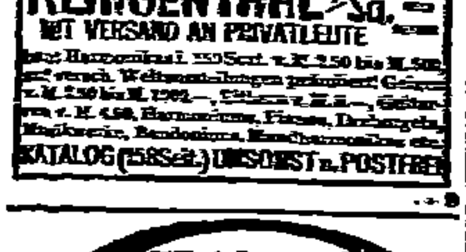
En gros. **BERLIN.** En detail.
Chausseestr. 24a/25. Brückenstr. 11. Gr. Frankfurterstr. 20.
Die 24. Preisliste 1905 über gesamte Herren- und Knabenkleidung portofrei.
— Versand von 20 M. an franko. —
Bei Bestellung von Hosen ist die Bundweite und die Schrittlänge, bei Jacketts und Kitteln die Brustweite anzugeben. [219
Nachdruck verboten!

Edmund Paulus
Markneukirchen No. 367
Musikinstrumente jeder Art
Neuester Katalog umsonst.
Auf Karten und Briefen an mich darf die No. 367 nie fehlen. [254

316

Formerwerkzeuge
aller Art liefert in saub. Ausführung
Max Pfüller, Formerwerkzeugfabrik, Böhlen-Leipzig. [152
Katalog u. Preisliste gratis u. franko.

Versende portofrei in 3 Tagen geg. Voreins. von 60 Pfg. einen bestl. **Türschild** nickelpoliert Gr. 7×12 cm Name u. eingrav. Preisliste üb. Firmen- u. Türschilder geg. 10 Pfg.-Marke fro. **A. Winzer,** Schilder-Fabrik, **Magdeburg,** Fischerufer 39.



[238

Kaul Musikinstrumente v. d. Fab. **Hermann Dölling jr.** Markneukirchen i. S. No. 541.
Kataloge gratis und franko.
Über Ziehharmonika extra Katalog.

Meinel & Herold, Harmonikafabrik
Musikinstrumenten-Versand.
Klingenthal (Sachs.) 433 C.
liefern unter voller Garantie **Harmonikas** in über 120 der d. Ar. Arten v. M. 8.50, Guitarren v. M. 5.—, Geigen v. M. 4.— an. Drehorgeln, Musikwerke, Mundharmonikas, Bandonions, Ocarinas etc.
Katalog 104 Seiten stark an Jedermann frei.

[141

HÖCHSTE GEWINNCHANCEN
bietet die staatl. garantierte
Grosse Geld-Lotterie
Verlosungs-Kapital über Sieben Millionen Mark.
Fast jedes zweite Los gewinnt.
Hauptgewinne ev. Mark
600000
300000
200000
100000
ev. **80,000**
70,000
65,000
60,000
50,000
u. s. w. u. s. w.
Original-Lose einschliesslich deutscher Reichsstempel-Abgabe empfehle zum Planpreise für nächste Ziehung.
Achtel Mk. 2.50
Viertel „ 5.—
Halbe „ 10.—
Ganze „ 20.—
Porto und Liste 30 Pfg. extra.
gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages per Postanweisung. Bestellungen spätestens bis zum
30. Januar 1905
zu senden an
Lucian Müller
staatl. konz. Lott.-Einnehmer
325] **Hamburg 149.**

+ Magerkeit. +
Schöne, volle Körperformen durch unser orient. Kraftpulver, preisgekrönt gold. Medaillen, Paris 1900, Hamburg 1901, Berlin 1903, in 6—8 Wochen bis 30 Pfund Zunahme, garantiert unschädl. Streng reell – kein Schwindel. Viele Danksch. Preis Karton mit Gebrauchsanweisung 2 Mark. Postanw. od. Nachn. excl. Porto.
Hygien. Institut [113
D. Franz Steiner & Co.
Berlin 282, Königgrätzerstr. 78.

Jeder Nervenleidende lese d. Broschüre „Ein grosser Fortschritt auf d. Gebiete der Heilung sämtlicher Gemüts- und
Nerven-
leiden", wie Nervosität, Schwermut, Schlaflosigk., Angstgefühl, Schwindelanfälle, nervöse Kopfschmerzen, Gehirnschwäche, Epilepsie. Gegen Einsendg. von 20 Pf. in Briefm. franko zu beziehen durch Apotheker Bänsgen in Bösingen a. Rh. 162 (Baden).
193]

Die meisten [276
Beinkrankheiten

selbst ganz veraltete Fälle
sind heilbar
ohne Operation, ohne Berufsstörung und fast schmerzlos. Verlangen Sie grat. u. franko Broschüre: „**Wie heile ich** (Schutzmarke). **mein Bein selbst**". Sehr geringe Unkosten. Glänzende Erfolge. Hunderte Dankschreiben. Laboratór. chem. Präparate u. Verbände
Dr. med. Ernst Strahl
Hamburg 105, Große Allee 10.
Spezialärztlich geleitete Institute in Hamburg, Brüssel, Antwerpen, Charleroy, Lüttich etc.

Gürtler-, Bijout.- u. Bronzewaren-Industrie, Leipzig 3
für Stellengesuche etc. vorzüglich geeignet.

Kegelspiel „Triumph"
27 cm Durchm., unterhaltend für Jung u. Alt. Unverwüstlich, weil aus Hartholz. **Nur M. 6.50** franko gegen Nachnahme oder vorherige Kasse direkt von [378
Schanz & Katz Nachf., Pforzheim No. 37.

Fahnen • Abzeichen für Vereine
319] • ROBERT ADAM, STUTTGART.

Nach jedem Bild fertige eine photogr. Vergrößerung in Brustbild [536
Lebens-
größe 45/55 cm **für 3** Mk. Porto, Verpackung 60 Pf. Ähnlichkeit, Haltbarkeit garantiert. Bild unbeschädigt zurück. Lieferzeit 8 Tage. Viele Dankschreiben.
Franz Fischer, Kunstmaler,
Berlin SO., Michaelkirchstraße 39 III.

Wer Stellung sucht! Verlange per Karte die [557 **Allgemeine Vakanzenliste, Berlin 87,** Neue Hochstraße.

J. H. W. Dietz Nachf., Stuttgart.
Arthur Stadthagens
Arbeiterrecht
ist in vierter, vermehrter Auflage erschienen.
Es gibt zuverlässige Auskunft über Rechte und Pflichten des Arbeiters aus dem **gewerblichen Arbeitsvertrag** und aus den **Unfall-, Kranken- und Invalidenversicherungs-Gesetzen** mit besonderer Berücksichtigung des **Bürgerlichen Gesetzbuches.**
Mit vielen Beispielen u. Formularen für Klagen, Anträge, Beschwerden, Berufungen, Testamente u. s. w.
—— Preis gebunden M. 7.— ——
Für diejenigen Bestellungen, die seitens unserer Mitglieder bei dem Verlag dieses Blattes angemeldet werden, ist ein Vorzugspreis angesetzt. [334
Für Vorstände von Zahlstellen, Krankenkassen etc. — Erfolgt an kleineren Orten ein Arbeitersekretariat.

Deutsche Werkmeister- und Kalkulatorschule, Darmstadt.
Staatsaufsicht. ⊂⊃ **Technisch praktische Lehranstalt** [126
für Elektrotechnik, Maschinenbau, Kalkulationen etc.
Beginn 1. Oktober u. 1. April. Dauer 1½ Jahre. Schulgeld 110 Mk. Stellennachweis. Für Minderbemittelte bes. Bedingungen. Programme gegen Rückporto. **Baumann,** Direktor.

Gratis und franko versende **Pracht-Katalog** über **Uhren, Gold- und Silberwaren.**

Gute Zylinder-Uhr, 6 Steine, Goldzeiger, v. Goldränder **7 M.,** ferner **Remontoir, 2 starke silberne Deckel, 2 doppelte Goldränder,** 10 Steine, **12 M., gold. Damen-Rem.,** 10 Steine, **17 M.** Für jede Uhr **3jährige schriftliche** Garantie. Umtausch gestattet oder Geld zurück.
Schlechte Waren führe ich nicht! Viele Dankschreiben.
W. Davidowitz, Berlin-M. **Brückenstr. 5a** am Bahnhof Jannowitzbrücke
286] Viermal prämiiert mit der goldenen Medaille.

Für fünf Mark ein Fahrrad zu liefern, ist wohl niemand imstande aber **Jedermann erhält fünf Mark** zu einem Fahrrad, welcher sich meine Versand-Preisliste mit staunend billigen Preisen kommen läßt. Reelle Garantie.
Permanenz-Fahrradwerke Ernst Domasch, Dresden-Löbtau
Reparaturen, Ersatz- und Zubehörteile konkurrenzlos billig. [210

Neueste Auflage! Neueste Auflage!
Für nur 3 Mark
monatliche Ratenzahlung erhalten
Sie sofort vollständig
830
Die Praxis des Metallarbeiters
3 hocheleg. Bände und **2** Modell-Bände **statt 45 M. nur 30 M.**
Vorzugsofferte für Metallarbeiter

Inhalt:
Die Maschinen-Elemente
über 1250 Abbildungen, 700 Seiten Text.
Die Meßinstrumente
über 200 Abbildungen, 200 Seiten Text.
Kraft- u. Hebemaschinen
über 1000 Abbildungen, 900 Seiten Text.
Verarbeitung der Metalle
Verarbeitung des Eisens, Schmiede, Walzwerk, Eisengießerei, Stahlwaren- u. Kleineisenindustrie, Waffenindustrie, Schlösser, Geldschränke, Eisenmöbel, Verarbeitung von Bronze, Kupfer, Zink etc. Uhren, Gold- und Silberarbeiten, 725 Seiten · 1617 Textbilder · 6 Beilagen.
2 Modellbände enthaltend 9 hochelegante Modelle.
Nur zu beziehen durch **Richard Pippig, Böhlitz-Ehrenberg** b. Leipzig.

Vierte vergrösserte Aufl. **Der Metallarbeiter** Hilfs- u. Nachschlagebuch für Dreher u. Schlosser
Enthält
Härten, Fräsen, Drehen, Zeitberechnung zum Drehen größerer Gegenstände auf der Planbank. Berechnung der Tourenzahl v. Maschinen. Konischdrehen mittels Reitstock und Support. Sämtliche Gewindeberechnungen nach Whitworth und Millimeter-Steigung. Gewindetabellen für alle vorkommenden Gewinde. Konstruieren v. Zahnrädern, Fräsen derselben, sowie die Spiralfräserei etc. etc. Viele Anerkennungen. 1 Stück **1,80** Mk. auch in Briefmarken, per Nachnahme **2** Mk, 2 Stück **3,60** Mk., 3 Stück **5,30** Mk., 5 Stück **8,20** Mk., 10 Stück **16** Mk.
—— bei freier Zusendung, bei 10 Stück ein Freiexemplar. ——
Zu beziehen durch **Const. Haas, Köln a. Rh.** Schaafenstr. 45.
011]

52] **Schnurrbart!** Wer sich vor Täuschung und Schaden hüten will, falle nicht auf die prahlerischen Versprechungen und Scheingarantien in den sich immer mehr häufenden Annoncen über angebliche Bartwuchsmittel herein, denn wichtige Aufklärungen über das Einzige, was es zur Herstellung des Schnurrbartes gibt, erhält, wer das berühmte Firolin bestellt. Täuschung und Prahlerei ist da ausgeschlossen. Um das Wachsen des Barthaares zu erzwingen, wenn es keine Neigung zum Wachsen zeigt, ist mein Mittel geradezu großartig in der Wirkung. Selbst Gelehrte, die es angewendet, rühmen die wunderbare Wirkung, ganze Stöße von Danksagungen und Anerkennungen sind von meinen Abnehmern eingegangen. Bei Nichterfolg Betrag zurück. Firolin ist zu beziehen in Dosen zu 1.50, 2.50 u. 4 Mk. **Ärztliche Anweisungen über Bartentwickelung** 50 Pfg. extra, bei Bestellung von 2 Dosen gratis. Versand gegen Nachnahme nur von **Paul Koch.** Spezial-Laboratorium. **Gelsenkirchen Nr 340.**

Schuhfabrik sucht jungen, tüchtigen
Feinmechaniker
mit Ia. Zeugnissen versehen.
Offerten unt. Chiff. **O. 276 G.** an **Haasenstein & Vogler, St. Gallen** (Schweiz). [339

Gutgeh. Spengl.- u. Install.-Geschäft vorger. Alters wegen mit ges. Inv. für zirka 1000 M. unt. günst. Bedingungen zu verk. Näheres bei **J. Rickert, Winkel** (Rheing.) Hauptstr. 75.

Hygienische Bedarfsartikel. Neuester Katalog m. Empfehl. viel. Ärzte u. Prof. grat. u. fr.
H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin N. Friedrichstrasse 131 c. [89

Tragen Sie unsere Hamburger • Schnitt-Hosen!
Schwere blaue Pilot-Hosen . 5 M.
„ gestr. Leder-Hosen 4.50 u. 5.50 M.
„ Manchester-Hosen 6.50 u. 8.50 M.
Versand p. Nachn., v. 20 M. an franko.
(Wir bitten bei Maßangaben nur um Schrittmaß und Bundmaß!
Bernhard Meier & Co.
Harburg a. E. [292
1. Wilstorfer-Straße 19
Spezialgeschäft für Arbeitsgarderobe.

889

Noch vorrätig
und durch alle Verwaltungsstellen, Bevollmächtigte, Geschäftsführer sowie durch unterzeichneten Verlag zu beziehen:
Metallarbeiter-Notizkalender für 1905
Unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder
Preis für Verbandsmitglieder 50 ₰
für Nichtverbandsmitglieder 75 ₰
pro Stück exklusive Porto.
Alexander Schlicke & Cie.
Druckerei und Verlag
Stuttgart, Rötestrasse 16 b.

Tüchtiger, selbständiger Drahtweber und Siebmacher findet dauernde Stellung bei
320] **Alois Klum, Mainz.**

Tüchtiger Eisendreher
für dauernde Beschäftigung gesucht.
Neue Gasindustrie, G. m. b. H. Ulm a. D. [327

Maschinenschlosser-Gesuch.
Tüchtiger Maschinenschlosser für die Reparatur in einer größ. Eisenwarenfabrik gesucht. Derselbe muß auch in Anfertigung v. Schnitten u. Modellen bewandert sein. Gefl. Offerten mit Angabe der Lohnansprüche u. Zeugnisabschriften unt. Chiffre **T. J. 5749** an **Rudolf Mosse, Stuttgart.** [329

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.